



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

67 (4.11.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253441](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253441)

STÄUFENFREUD ZAMMER

Herausgeber: Karl Lenz M. b. R.

Die N.S. Zeitung Nordwestbadens

Hitler — Brüning

**Koalitionsträume der Abgehalfterten — Der nationalsozialistische Staat bleibt unser unverrückbares Ziel
Gewaltiger Wahlerfolg in Mecklenburg-Schwerin — Stimmenzahl von 34000 auf 90000 erhöht —
Kommunistische Dynamiklager in ganz Deutschland — Der Brief des kommunistischen Feldgeistlichen
Eckert aus dem „Arbeiterparadies“ ein fahrlässiger Schwindel — Negerdörfer rund um Mannheim**

Die gesamte deutsche und ausländische Presse ist aufgeschreckt wie ein Hühnervolk über die Nachrichten einer Hitler-Brüning-Front. Nachdem man in den letzten vier Wochen alle Zwecklagen der Welt gegen uns mobil gemacht hat, angefangen von unserer Unterwerfung unter die Kräfte der Schwerindustrie, der Zerstückelung der Gewerkschaften und des Tarifsystems, bis herunter zu den „braunen Nordbanditen“ von Braunschweig, gestern in diesen Tagen riesige Schlagzeilen durch die Systempresse, die von der Loslösung Hitlers von Hugenberg, von einem Koalitionsangebot Hitlers an Brüning und den christlichen Gewerkschaften wissen wollen. Daß solche Versuche dauernd und zwar schon seit längerer Zeit gemacht werden, ist nicht abzuleugnen.

Wesentlich bleibt dabei, daß solche Schritte niemals von nationalsozialistischer Seite ausgingen.

Interesse an einer solchen Bindung könnten nur diejenigen haben, die den Siegeslauf des Nationalsozialismus in seiner Wirkung beeinträchtigen und schließlich gänzlich abstoppen wollen. Wir kennen diese schönen Seelen wohl und durchschauen ihre finsternen Pläne!

Dem Zentrum wird in seiner Lage zusehends ungemütlicher. Seine langjährige Bundesfreundin, die Sozialdemokratie, zerfällt mit allen ihren Reizen. Die Verdrüderung mit dieser Verfechterin des Unglaubens hat aber auch in der eigenen Wählerschaft starke Erbitterung hervorgerufen. Das Volk kehrt Herrn Brüning mehr und mehr den Rücken;

die Stunde kündigt sich an, da die herrliche Zeit schwarz-roter Schönheit und Würde abgelaufen ist.

Immer bestiger klopft der Nationalsozialismus an die Tore. Immer jubelnder und lauffordernder scharren sich die Volksmassen um Hitler als den erkorenen Führer.

Was liegt da näher, als der Gedanke, diesen Feind durch eine Verbindung mit ihm unschädlich zu machen? Das Experiment, das mit der Sozialdemokratie vortrefflich gelang, spukt ohne Zweifel als letzte taktische Reserve in den Köpfen der schwarzen Parteikünstler. Ein Gegner, mit dem man die Macht teilen, ist nur halb so gefährlich. Das weiß man aus sehr guter Erfahrung!

Im übrigen steht das Zentrum in einer solchen Lösung die letzte Möglichkeit, seine zerbrechende Machtstellung aufrecht zu erhalten.

Aber auch andere hoffen in ähnlichen Bedenkengängen. Es sind das vor allem die kleinen Parteien der Mitte, die sich immer mehr in Wohlgefallen auflösen und deren Parlamentarier und Pfändehaber sich schon auf die Straße gesetzt sehen. Ihnen allen läge ein schiedlich-friedliches Einvernehmen mit den kommenden Machern sehr am Herzen. So ein wenig mitregieren und dafür sorgen, daß der Hitler nicht zu stark wird, das Programm der Nationalsozialisten in der Praxis mehr den eigenen Wünschen anpassen usw. — solche Träume schweben gewissen Leuten zur Zeit immer vor. Dabei ist auch Herr Dingeldey in seinen Absichten eher als eine Brücke zwischen Hitler und Brüning anzusehen, als ein konsequenter Befürworter einer ausgesprochenen Nationalregierung.

Grundsätzlich stehen wir allen diesen trüben Versuchen mit der gebotenen Reserve gegenüber. Nicht ein Mischmasch von Brüningischen Parteelementen und Hitlers Bewegung ist unser Ziel, sondern der nationalsozialistische Staat. Ihn vorzubereiten brauchen wir weder ein Zentrum noch die Interessengruppen der Mitte. Im zähen Ringen gegen ihren Machterror und ihre Lügenhege schufen wir das stolze Fundament, das schon jetzt imstande wäre, den neuen Staat zu tragen. Umso weniger werden wir Herrn Brüning und die Seinen brauchen, um diesen Staat zu führen. Es ist krank-

hafte Einbildung, wenn das Zentrum glaubt, ohne seinen Brüning ginge es nicht. Wir werden den Beweis liefern, daß es sehr wohl geht!

Wir werden aber auch den Beweis liefern, daß wir — wohlgerüstet und richtig verstanden — bereit sind, uns mit dem Teufel zu verbinden, um unser Volk wieder frei zu machen. Wir werden, wie Gregor Strasser im „N.S.“ schrieb, „bei allen politischen Konstellationen der Zukunft nie nach rückwärts schauen und vergangene Bosheiten sortieren, sondern vorwärts blicken und Bundesgenossen nur beurteilen nach ihrer Nützlichkeit für die gestellte Aufgabe: die Freiheit.“ Hierbei können für uns nur Bundesgenossen in Frage kommen, die sich restlos vom Marxismus losgesagt haben und die gewillt sind, mit uns rückhaltlos diese Eiterbeule am deutschen Volkskörper auszukurieren und zu beseitigen.

Wir haben gar kein Bedürfnis, uns nach irgend einer Seite hin anzulehnen oder gar zu verbinden.

Wenn die Schauermärchen von einer Koalition Brüning-Hitler erzählen, dann nur, weil die Schildhalter des Systems wissen, daß ihre letzte Stunde geschlagen hat, weil sie wissen, daß im Frühjahr mit der preussischen Landtagswahl und der Wahl des Reichspräsidenten der Nationalsozialismus die gesamte Erfüllungsfrente in Deutschland aufrollen wird.

Die Gerüchte, Vermutungen und Versuchsballons über die Möglichkeit einer Annäherung oder auch Zusammenarbeit

des Reichskanzlers Dr. Brüning sowie der Zentrumspartei auf der einen, Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten auf der anderen Seite haben durch die zwei Unterredungen Hitlers mit General v. Schleicher neue Nahrung erhalten.

Insbesondere sind die von gewerkschaftlicher Seite in die Auseinandersetzung hineingetragenen Elemente keineswegs geeignet, die Richtung zu fördern und uns zu beeindrucken. Es steht durchaus so aus, als ob die christlichen Gewerkschaften und der D.V. ein recht selbstsüchtiges Interesse daran hätten, einen „Frieden“ zwischen Adolf Hitler und Brüning zu machen, auf der anderen Seite aber Mißtrauen zwischen die Führer der nationalen Opposition zu säen, welche bekanntlich in Harzburg zu dem Zweck gegründet wurde, Brüning zu stürzen.

Die christlichen Gewerkschaften und der D.V., die bekanntlich in allen Parteien, mit Ausnahme der rein marxistischen, ihre Finger haben, sind wahrscheinlich der Ansicht, daß sie bei der von ihnen sehnlichst erwarteten „Ausöhnung“ zwischen Adolf Hitler und Brüning auch dabei verbandsmäßige Geschäfte betreiben könnten. Sie werden sich allerdings ganz fürchterlich dabei geschnitten haben. Wenn Adolf Hitler Besprechungen mit dem Reichswehrministerium gehabt hat, so ganz gewiß nicht — darüber besteht auch nicht der geringste Zweifel —, um damit irgendwelche Brücke zu Brüning zu schlagen.

Nach wie vor ist der Sturz und die Erledigung des Brüning-Systems das erste Erfordernis zur Errichtung des Dritten Reiches, der Sturz des Brüning-Systems einschließlich seines Chefs.

Von Sieg zu Sieg!

Wir gewinnen in Mecklenburg 36 000 Stimmen

Die Amtsvertreter-Wahlen in Mecklenburg-Schwerin haben wie alle Wahlen in den letzten Monaten uns Nationalsozialisten einen gewaltigen Sieg gebracht. Gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930 können wir einen Stimmenzuwachs von 36 400 Stimmen buchen. Bei der Wahl am Sonntag haben insgesamt 90 500 Wähler für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei votiert. Die Sozialdemokratie, die im September 1930 noch 83 500 Stimmen aufzubringen vermochte, verlor diesmal 17 000 Stimmen und fiel auf 66 500 Stimmen zurück, das ist ein Verlust von 20%. Die Kommunisten konnten im Ganzen nur 2300 Stimmen gewinnen, während die braune Front 14 700 Stimmen aus dem marxistischen Lager herauszog. Außerdem haben wir den Vereinigten Bürgerblock-Parteien 21 700 Stimmen entzogen. Unser Gesamtgewinn beträgt diesmal 67% innerhalb eines Jahres.

Auch die mecklenburgischen Wahlen beweisen ebenso wie die Hamburger und Anhalter Wahlen, daß die NSDAP nicht nur die bürgerliche Mitte geschlagen, sondern daß sie im Sturmschritt die marxistische Front aufrollt.

Die „Volksstimme“ vom Montag, den 2. November, erklärt die Verluste ihrer Partei damit, daß sie behauptet, es seien ihr die Wahllokale verweigert worden, in welchen sie dem Volke ihren Mist verzapfen wollte. Zweifelslos eine ebenso kümmerliche wie lächerliche Erklärung. Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ läßt den Schleier des Zerfalls der bürgerlichen Mitte mit folgender omdäuser Begründung: „Die Bürgerlichen Wirtschaftskräfte haben diesmal auf die Wähler nicht die von früher gewohnte Anziehungskraft ausgeübt.“

Im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis fragen wir Herrn Brüning, ob er denn immer noch mit seiner verabschiedenden Mehrheit das deutsche Volk regieren will, oder ob er unter dem Druck dieser Volksmeinung nicht endlich seinen Ministerfessel zu räumen beabsichtigt.

Nachstehend bringen wir das Ergebnis (in Klammer die Reichstagswahlen vom 14. September 1930):

- Amt Vorpommern: NSDAP. 11 388 (7280); SPD. 6026 (7857); KPD. 2672 (2200).
- Amt Rostock: NSDAP. 11 180 (8136); SPD. 6849 (11 476); KPD. 2311 (2189).
- Amt Schwerin: NSDAP. 7838 (8644); SPD. 5426 (6589); KPD. 719 (607). (Es fehlen noch 4 Gemeinden.)
- Amt Güstrow: NSDAP. 10 501 (4867); SPD. 8093 (9 388); KPD. 3003 (2 704).
- Amt Waren: NSDAP. 9400 (4985); SPD. 6250 (8386); KPD. 2491 (2903).
- Amt Hagenow: NSDAP. 9767 (4766); SPD. 9212 (7959); KPD. 2189 (2199).
- Amt Malchin: NSDAP. 10 625 (6906); SPD. 7606 (10 165); KPD. 2839 (2506).
- Amt Ludwigslust: NSDAP. 8040 (6282); SPD. 7027 (8229); KPD. 2279 (1872).
- Amt Wismar: NSDAP. 7723 (4398); SPD. 6909 (8361); KPD. 1737 (1525).
- Amt Grevesmühle: NSDAP. 4024 (2822); SPD. 4182 (5166); KPD. 1062 (758).

Julius Streicher

Herausgeber des „Stürmer“
spricht!

Freitag, 6. November 8³⁰

Massenversammlung im Rosengarten

„Die Judenfrage“

In höchster Notwehr 2 Kommunisten erschossen

Bei den Amtsvertreter-Wahlen in Mecklenburg-Schwerin stellten Terror-Gruppen der Kommunisten planmäßig unseren SA-Leuten nach. Als sich ein Trupp unserer Leute in Bad Doberan in der Nacht auf den Sonntag nach Hause begab, wurde er unterwegs von drei Kommunisten verfolgt und in einem dunklen Torweg überfallen. Unser Pg. Sädike wurde von zwei Kommunisten niedergeschlagen. Im letzten Augenblick ist es ihm gelungen seinen Revolver zu ziehen. Der Revolver entlud sich vorzeitig, so daß ihm eine Kugel in den Oberschenkel drang. Die beiden anderen Schüsse, die er trotz der harten Bedrängnis noch abgeben konnte, trafen die beiden Kommunisten, die ihn abwürgen wollten. Der eine erhielt einen Bauchschuß und verstarb auf dem Transport ins Rostocker Krankenhaus, der andere wurde durch einen Schuß sogleich tödlich verletzt.

Trotzdem dieser Vorgang einwandfrei festgestellt ist, berichten die „NDL“, die „Volksstimme“ und die „Arbeiter-Zeitung“, daß Sädike die beiden Kommunisten mutwillig überfallen und erschossen habe. Nur das zentralistische „Volksblatt“ macht diesmal eine löbliche Ausnahme in der Berichtserstattung und schildert den Hergang der Tat nahezu wahrheitsgemäß. Die beiden Blutopfer kommen auf das Schuldkonto der kommunistischen Drahtzieher, die einzig ihre Aufgabe darin sehen, die schaffenden Deutschen gegeneinander aufzuhängen.

Wie sie lügen!

Adolf Hitler hat der „Welt am Montag“ zu den in ihrer Nummer 44 vom 2. November veröffentlichten unwahren Behauptungen über seine Unterredung mit Generalleutnant von Schleichner folgende Berichtigung zugehen lassen:

Es ist unwahr, daß ich in der Unterredung mit Generalleutnant von Schleichner fest versprochen hätte, die SA sofort nach der Regierungsübernahme restlos aufzulösen und zu entlassen.

Wahr ist, daß in keiner der beiden Unterredungen mit Generalleutnant von Schleichner oder mit sonst jemandem überhaupt die Rede von einer Auflösung oder Entlassung der SA war.

Es ist unwahr, daß ich erklärt hätte, auf die Befehle der SA-Präsidenten-Polizei in den hauptsächlichlichen Städten und Ländern zu verzichten und alle radikalen Elemente meiner Partei rücksichtslos auszuschalten, insbesondere Dr. Goebbels in keiner Weise zu irgendeiner verantwortlichen Regierungsstelle heranzuziehen.

Wahr ist, daß weder von der Befehle der SA-Präsidenten-Polizei, noch von der Ausschaltung der radikalen Elemente meiner Partei, noch von einer Verwendung oder Nichtverwendung von Dr. Goebbels die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich weiter erklärt hätte, daß ich mir das Programm des Reichsverbandes der Industrie in jeder Beziehung zu eigen mache und den Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes unbedingt unterstütze.

Wahr ist, daß weder vom Programm des Reichsverbandes der Industrie, noch vom Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich durch verschiedene Vertrauensleute Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen hätte und mich anlässlich des Besuches der französischen Minister in Berlin um eine geheime Unterredung mit Laual bemühte.

Wahr ist, daß ich weder direkt noch indirekt Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen habe. Wahr ist, daß ich mich um keine Unterredung mit Laual bemühte.

Unwahr ist demgemäß auch, daß ich meiner Presse eine Aenderung ihrer Haltung Frankreich gegenüber befohlen hätte.

Es ist weiter unwahr, daß ich als Termin für eine Regierungsübernahme spätestens Ende November bezeichnet hätte.

Wahr ist, daß ich keinen Termin für eine Regierungsübernahme genannt habe.

Adolf Hitler.

„Die Nacht der langen Messer!“

Eine furchtbare Angst löst awaendblich alle marxistischen Bonzen und Bönzchen erglitzern: „Die Nacht der langen Messer!“ Was ist das, hört man den Laten fragen? Auch wir haben zuerst lange darüber nachgedacht, bis wir plötzlich durch die „Volksstimme“ „erleuchtet“ wurden! Die Nacht der langen Messer“ ist ein in den Hinnen der an Verfolgungswahn leidenden marxistischen Bönzchen existierender Spuk! Das schlechte Gewissen läßt diesen Volkserbberber keine Ruhe, sie fühlen „das Schwert des Damokles“ über sich, und faheln von einer kommenden Bartholomäusnacht, sehen Blut fließen, Köpfe rollen und darum läuft es ihnen kalt den Rücken hinunter. O Schreck, da müßen die SA-Leute mit langen Messern unter sozialdemokratischen Bönzchen, die in der frommen Tracht der Hugenotten einhergehen. Wie Anockläufer toben diese Horden! Nicht zusammengedrängt stehen die „marxistischen Hugenotten“ und wahrlich es sind ihrer nicht wenige! Einer fällt nach dem andern. Mit sabbdtischer Freude rasen die braunen Wüstlinge. Wie Herodes das große Kindermorden rücksichtslos durchführte, so ist auch diese „braune Pest“ unerbittlich! Jeder Hugenotte wird gefragt: „Bist Du auch ein Bonze?“ Alles Leugnen hilft nichts. Furchtbar! Sie kennen alle Bönzchen! Einer nach dem andern sinkt erstickt nieder! Da — der Letzte! Unmensliche Wüstentumpe macht er noch, um loszukommen. Doch es war Gott sei Dank nur ein williger Truntn. In Schweiß gebadet, knielochtotenrad wacht er morgens auf, eilt auf seine Redaktionsstube und schreibt die blutige Geschichte von „der Nacht der langen Messer!“

Das ist die Angst vor dem ersackenden Deutschland! Aber beruhigt Euch, Ihr Bonzen und Bönzchen! Die erste Nacht des Dritten Reiches wird gar nicht blutig werden. Daß wir Euch aber vor einem Gerichtsbot stellen, welcher nach deutschem Recht legal urteilt, das werdet Ihr Euch schon gefallen lassen müssen! Es wird dann keine „Nacht der langen Messer“ geben, sondern

„eine Nacht der vollen Bonzen“

Kommunistische Dynamitlager in ganz Deutschland

Die kommunistische Werdpest nimmt immer groteskere Formen an. Allmählich kommt die Polizei hinter das weitverzweigte und wohlorganisierte Netz der Terror-Gruppen. Vergangene Woche wurde der kommunistische Funktionär Ueberbrück verhaftet, in dessen Haus allein über 3 Zentner Sprengstoff und fertige Granaten gefunden wurden. Nun konnte dieser Tage festgestellt werden, daß die fieberhafte Arbeit der KPD zur Organisation eines gewaltigen Umsturzes in ein neues Stadium getreten ist.

Neben der jahrelangen Werd-Tatistik gegen den „Faschismus“, der über 200 deutsche Arbeitsmänner zum Opfer gefallen sind, sucht man jetzt neben der mit russischen Geldern durchgeführten Bewaffnung der Verbrecherelemente auch den

Sprengstoff

in allergrößtem Umfange in den Dienst der roten Vernichtungswelt zu stellen.

Dynamitfunde der Polizei in Gelsenkirchen, Solingen, Bremen usw. beweisen die untrügliche Absicht der Kommune.

Die letzten Nachforschungen der Polizei haben nun zu aufsehenerregenden Folgerungen geführt, die darauf schließen lassen, daß nach Moskauer Plänen ganz Deutschland mit Dynamitlagern überzogen wird. Man kann sich denken, welche Gefahren das verbrecherische Treiben dieser gewissenlosen Drahtzieher in sich birgt.

Einen schlagenden Beweis für die Planmäßigkeit der hochverräterischen Umsturzarbeit ergibt folgender Tatbestand:

Die politische Polizei hat unter dem in der Wohnung des kommunistischen Funktionärs Ueberbrück aufgefundenen

Schriftwechsel einen Brief des nach Rußland geflüchteten Kommunisten

Gutsche

aufgefunden, der interessante Aufschlüsse über den Freundeskreis dieser beiden kommunistischen Agenten gibt.

Gutsche, der nach der Aufdeckung eines Dynamitlagers in der Kraftwagenunterkunft des Breslauer kommunistischen Blattes vor einigen Monaten nach der Sowjetunion geflüchtet ist, richtet in diesem Schreiben Fragen an Ueberbrück nach dem Befinden verschiedener, namentlich aufgeführter Freunde, u. a. des Hamburger Bürgerrechtsmitgliedes Priesche, das ebenfalls früher schon in dem Verdacht stand, mit Sprengkolonnen in Verbindung zu stehen. Es ergibt sich also hieraus ein direkter Zusammenhang zwischen kommunistischen Sprengstoffkolonnen in den verschiedenen Teilen des Reiches.

Angesichts der ständig in geradzue bedingender Weise wachsenden Terrorarbeit der kommunistischen Partei wird die zögernde Haltung der Regierung von der übergroßen Mehrheit des Volkes einfach nicht mehr verstanden.

Mühte die Staatsgewalt hier nicht mit äußerster Brutalität ein gänzlich

Verbot der KPD.

augenblicklich durchzuführen!?

Es geht hier nämlich nicht mehr um Doktrine, um Parteistandpunkt; hier geht es darum, ob das Sechzig-Millionen-Volk der Deutschen nicht die Energie aufbringt, im Interesse der Erhaltung seiner Kultur diese Organisation der Unterwelt zu vernichten, ehe es für immer zu spät ist.

Rein Interesse

Ausschuß = Arbeit im Reichstag

Die ersten Reichstagsausschüsse sind für die nächste Woche einberufen worden. Am 4. Nov. beginnt der Volkswirtschaftliche Ausschuß. Am 6. Nov. tritt der Sozialpolitische Ausschuß zusammen. Am 9. Nov. wird der Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen in die Ausprache über die Siedlung eine Mehrheit von Parteien. Auch der Kriegsbeschädigtenausschuß ist für die ersten Novembertage einberufen worden. Mit der Einberufung des Haushaltsausschusses ist erst Mitte November zu rechnen. Gegenwärtig tagt der Rechnungsunterausschuß, der die Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1930 prüft.

Die Abgeordneten der Reichstagsfraktion der NSDAP. haben an diesen Ausschußsitzungen keinerlei Interesse, da sie sich von ihrem Ergebnis nicht das geringste versprechen. Dort entscheidet eine Mehrheit von Parteien, aber nicht die Mehrheit des deutschen Volkes, die schon heute hinter dem Nationalsozialismus steht. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten bleiben infolgedessen diesen Sitzungen fern. Sie sind zum Volke zurückgekehrt, wo ihre Arbeit wertvoller ist.

Die Front der Deutschen auf der Hochschule:

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund!

10 Jahre SA!

Eine Rundgebung des Führers

SA-Kameraden!

Am 4. 11. 31 besteht die SA 10 Jahre.

In einem Jahrzehnt opfervollen und fanatischen Kampfes, unermüdblicher und zäher Arbeit und Hingabe ist aus einer kleinen Schar einsatzbereiter Kämpfer ein Heer vom Hakenkreuz erwachsen, das heute schon das zweite Hunderttausend überschritten hat.

Wenn ich Euch an diesem Gedenktage meinen und der Gesamtbewegung Dank und uneingeschränkte Anerkennung ausspreche, so weiß ich, daß sie Euch nur ein Ansporn sein wird, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten dem unaufhaltsamen Sieg entgegen.

Vorwärts sei auch die Lösung für die Tage und Wochen des Kampfes, die vor uns liegen.

Der oberste SA-Führer
Adolf Hitler.

Leure Zeitungsverbote

Der Freistaat Sachsen muß 25 000 Mark blechen

Das Landgericht Dresden hat Ende vergangener Woche eine Schadenersatzklage der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Freiheitskampf“ gegen den Sächsischen Staat für begründet erklärt und das Land Sachsen zu 25 000 Mark Schadenersatz verurteilt.

Die Urteilsbegründung hebt hervor, daß das Verbot des Dresdener Polizeipräsidiums, das für vier Wochen gelten sollte, unbegründet war, weil eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten nicht vorlag. Der Polizeipräsident habe seine Sorgfaltspflicht fahrlässig verletzt. „Das Verbot einer Zeitung“, so sagt das Urteil, „ist eine sowohl politisch, wie wirtschaftlich derart einschneidende Maßnahme, daß den für das Verbot verantwortlichen Beamten eine ganz besondere Sorgfaltspflicht bei Prüfung der Voraussetzungen eines solchen Verbotes trifft.“

Der „Angriff“ gewinnt einen Schadenersatzprozeß

Der Polizeipräsident von Berlin hatte im Februar 1931 den „Angriff“ verboten. Auf die Beschwerde des Verlages hatte das Reichsgericht das Verbot für unrechtmäßig erklärt; die mit der Beschwerde befaßten Vorinstanzen hatten die Bearbeitung der Beschwerde jedoch so lange hinausgezögert, daß sie erst nach Ablauf der Verbotszeit beim Reichsgericht in Leipzig einlang. Die Druckerlei Sägerott G. m. b. H., die den „Angriff“ druckt, hatte daher durch Rechtsanwalt Dr. Neubert gegen den Preussischen Fiskus Schadenersatzklage wegen der entgangenen Einnahmen an Druckkosten anstrengen lassen. Der Fiskus verteidigte sich damit, daß er nach der bisherigen Rechtsprechung mit einer Befreiung des Verbots durch das Reichsgericht habe rechnen können. Er war so siegesicher, daß er gegenüber der vorförslich auf einen Teilbetrag von zunächst RM. 1000.— beschwerten Klage Widerklage auf Feststellung erhob, daß der Druckerlei überhaupt kein Schadenersatzanspruch zustehe.

Das Landgericht i Berlin hat aber den Fiskus zur Zahlung verurteilt und seine Widerklage abgewiesen. Es erklärte das Haupterschulden des Fiskus in der Lässigkeit, mit der bei der Bearbeitung der Beschwerde verfahren worden ist.

Wir haben ebenfalls eine Schadenersatzklage laufen wegen der zu Unrecht erfolgten Beschlagnahme unseres „Hakenkreuzbanner“ Nr. 42, was aus dem in dieser Nummer befindlichen

Artikel: „Also doch Reichsjammerfahne!“ zu sehen ist. — Nach der Entscheidung des Landgerichts i Berlin kann über den Ausgang unseres Prozesses kein Zweifel mehr bestehen. Die überlässige und überempfindliche Mannheimer Polizeidirektion wird dem sächsischen Fiskus diesmal ein Stück Geld kosten.

Minister Groener stellt sich vor Oberst Geyer

Der Reichswehrminister Groener hat gegen diejenigen Zeitungen, die sich in Herabsetzung und Beschimpfung des braunschweigischen Garnisonältesten Oberst Geyer besonders „hervorgelassen“ haben, Strafantrag gestellt. In der Spitze dieser Zeitungen marschieren bekanntlich der „Vorwärts“, der in Wort und Bild den Obersten Geyer in der gemeinsten Weise beschimpft hat.

Wo aber bleibt das Verbot des „Vorwärts“? Und warum hat Groener das achtwöchentliche Verbot des braunschweigischen „Volksfreundes“ vorzeitig aufgehoben?

„Erkläret mir, Graf Derlindur, diesen Zwiepsack der Natur!“

Nach Ostpreußen Bauern-Sieg in Pommern 11 836 NS.-Bauern-Stimmen

Nach den bisherigen Feststellungen wurden bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer in Pommern

für die NSDAP.	11 836,
für den Pomm. Landbund	13 305,
für demokratis. Bauern	1 468

Stimmen abgegeben.

Demnach erhalten wir 12 Sitze, der Landbund 16 und die Demokraten 1 Sitz. Dazu kommen aus dem Kreis Greifenhagen je 1 Sitz für NSDAP. und Landbund.

In die neue Landwirtschaftskammer gehen somit ein: 13 Nationalsozialisten, 17 Landbändler, 1 Demokrat. — Bisher waren wir in der pommerschen Landwirtschaftskammer überhaupt nicht vertreten.

Werbt überall für das Hakenkreuz-Banner

Anton Hilbert, der „Vorläufige“, inthronisiert

Am Samstag, den 14. Februar 1931, hat unser Haupt-
schriftsteller, Herr Anton Hilbert, ein Kränzchen aus Kille-
leirau um seine parlamentarische und sonstige Tätigkeit als
Abgeordneter der Badischen Bauernpartei gewonnen. Diese
verachtende Abrechnung mit dem Herrn Hilbert fand in der
„Oberbadischen Zeitung“ unter der Überschrift „Anton Hilbert,
der Vorläufige“. Der Hieb war so ausgiebig und so heftig,
daß Anton der „Vorläufige“, Landwirt mit einer Kuh und
einem Knecht, darüber die Sprache verlor und ihm die Unte-
re an der Feder eintrocknete. In dem Artikel wurde dem
Abgeordneten der verlassenen Badischen Bauernpartei seine
einseitige Liebe zum Zentrum nachgewiesen, die er stets bestritt,
obwohl er sich bei der Zentrumswahl von Seitenbach (Tag-
blatt vom Oberrhein, Waldshut) zur selben Zeit sehr an-
heißig gemacht hatte.

Die Voraussetzungen, daß Hilbert sich beim Zentrum anwanze,
sind durch den zunehmenden Uebertritt zu dieser Partei ein-
getroffen. Der Uebertritt Hilberts zum Zentrum entbehrt nicht
eines pikanten Reizes, denn er ist zu einer Partei gegangen,
die er noch bei der letzten Landtagswahl in der ordinärsten
Weise bedämpfte, ja, die er mit Schimpf- und Sudeleien
bedachte, die niederzugeben sich unsere Feder sträubt. Er
ist zu einer Partei übergetreten, die ein eigenes Organ in
seinem Wahlkreis hat, eben das „Tagblatt vom Oberrhein“,
das ihm am 26. Oktober 1929 auf Seite 4 folgende aufbereitete:

„Herr Hilbert selbst zur Zeit offenbar an Größen-
und Verfolgungswahn . . . Er scheint seit acht
Tagen auf dem Kopf zu stehen und mit seinen
Schweißfüßen zu denken . . . Wenn der Löwe von
Unterregglingen kein feiger Esel ist, dann erwarten wir
ihm . . .“

Nun ist er gekommen, der „Löwe von Unterregglingen“.
Seine Wandlung hat sich so vollzogen, wie ihm die „Ober-
badische Zeitung“, sein eigenes Organ voraus sagte. Sein Kon-
junkturgefühl hat ihn aus seinem Dilemma erlöst. Er landete
dort, wohin er schon lange gehört hätte und wohin er auch
paß. Dort kann er nun, die aus seinen „Schweißfüßen“

Volksgemeinschaft von heute

In der Tageszeitung einer kleineren Stadt lesen wir:
„Kaffee A. Nachmittags und Abends: Von Sackson
Melody's Band. 300; Ab 16 Uhr die Haag'sche Tram
Harmonie (65 Mann) und das Großrussische Na-
tionalorchester.“

Von 60 000 deutschen Berufsmusikern sind 40 000 arbeits-
los. Die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften herrschen
seit 12 Jahren. Dies ist das Ergebnis. Der National-
sozialismus wird deutsche Arbeiter wieder zu Ehren bringen.

So „unterstützt“ die Regierung!

Man hört:
Am 6. Juni fand im Schloß in Charlottenburg ein
Empfangsabend des Kultusministeriums und des Ministeri-
ums des Innern statt. Das Menü für die nahezu 700 Per-
sonen wurde — vom Warenhaus Wertheim bezogen!
So überflüssig ein Kommentar hierzu ist, so notwendig
wäre eine Erklärung über dieses den Mittelstand geradezu
provozierende Handeln!

quellende politische Weisheit an den Mann bringen. Wir
gratulieren dem Zentrum zu dieser Akquisition!

Mit einer geschwollenen Erklärung, die ganz bestimmt
nicht auf dem Riß des Herrn Landwirt und Abg. Hilbert
gewachsen ist, versucht er seinen Uebertritt zu rechtfertigen. Wer
die Verhältnisse im Bezirk Waldshut kennt, der kann nur
mittelmäßig lächeln über diese Erklärung. Vor allem aber
über die Behauptung des „Neuen Mannheimer Volksblattes“,
in welchem zu lesen steht, daß Hilbert einen Teil führender (!)
Männer der ehemaligen Bauernpartei aus dem Bezirk Waldshut
in den allein seligmachenden Schoß des Zentrums
zurückgeführt habe. Wenn man auch vorsichtig war und nur
von „einem Teil“ sprach, so ist das noch immer unerschämte
die aufgetragen. Der Wahrheit am nächsten wäre gekommen,
wenn man von einem einzigen, mit dem bloßen Auge kaum
sichtbaren Teil gesprochen hätte. Hilbert hat es nämlich ver-
standen, sich nicht nur die Sympathien der Zentrumsbauern zu
verschmerzen, sondern vor allem auch diejenigen seiner ehemaligen
Anhänger in der Bauernpartei. Die Dinge am Oberrhein
standen so, daß er sogar aus dem Aufsichtsrat seiner eigenen
Zeitung „freiwillig flüchten“ mußte. Wir Nationalsozialisten
haben ein „klein wenig“ nachgeholfen. Darüber besteht jeden-
falls kein Zweifel, daß Hilbert in seinem Wahlkreis nicht
nur jeglichen politischen, sondern auch jeglichen anderen Kredit
verschert hat. Darüber wird gelegentlich noch einmal zu

Die Pleite der Frankfurter Krankenkasse

Die lediglich durch ihre mustergültige Bonzenverforgung
und deren luxuriöse Verwaltungspaläste glänzenden Kranken-
kassen warten nun ganz zeitgemäß mit finanziellen Zu-
sammenbrüchen auf. Der Reigen wird durch die Frankfurter
Allgemeine Ortskrankenkasse eröffnet, deren Defizit die erste
Million bereits überschritten hat. Bis jetzt hat die A. O. K.
Frankfurt durch Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung
der Leistungen den Etat „ausbalanciert“ und sich immer wieder
auf Kosten der Mitglieder „santiert“. Damit ist es jetzt aus
und man geht nun mit dem Hute in der Hand pumpen. Aus-
gerechnet die Stadt Frankfurt, deren Finanzen bislang von
dem hierzu besonders befähigten ostfälischen Teppichhändler
a. D. Wsch verwaltet wurden, soll der A. O. K. nun 1,1 Mil-
lionen leihen. Da hat man wohl den Bock zum Gärtner
gemacht. Es ist bezeichnend, daß die Kasse nicht einmal die
fälligen Verpflichtungen für Krankenhäuserverforgung, für die
Aerzte und Apotheken mehr ausbringen kann. Dazu tritt
die Forderung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung
mit 500 000 RM für eingezogene Beiträge zur Arbeitslosen-
versicherung. Zusammen die stattliche Summe von 2 Millionen
Mark Schulden.

Das Ganze nennt man dann „Sozialfürsorge“. Am
Frankfurter Beispiel erkennt man mit einem Schlage die
Fäulnis des heutigen Systems der „sozialen Versicherung“.
Jahrelang hat man darauf losgewirtschaftet, hunderttausende
und Millionen verlor. Das Ende ist dann die Pleite.
Wie wird es in Mannheim werden?

reden sein. Es geht ja schließlich nicht an, daß man sich
Geld aus der Portokasse „seiner“ Zeitung entnimmt, ohne
dafür einen Beleg zurückzulassen und ohne daß man dazu
irgendwie befugt gewesen wäre. Und wenn man das schon
getan hat, so wäre erforderlich gewesen, diese „Entnahme“
andern Tags gleich zu melden und nicht erst bei Erzählung
des Tatbestandes zu gestehen, daß man „entnommen“ hat.

Es besteht weiter der nicht unbegründete Verdacht, daß
Hilbert den Namen eines Degernauer Landwirts hinter ein
Zahlungsoversprechen einhändig geschrieben hat, ohne daß der
Landwirt hierzu die Erlaubnis gab oder nur davon etwas
gewußt hätte. Das Strafgesetzbuch hat für eine solche Hand-
lungsweise keine eigene Bezeichnung. Herr Hilbert möge
uns verklagen, damit der Fall klargestellt wird. Die An-
gelegenheit wurde im Zusammenhang mit einem anderen Fall
bereits im Amtsgericht Waldshut gestreift, und die Auf-
fassung des betreffenden Richters läuft parallel mit der
unseren.

Wir sehen also, Herr Hilbert paßt akkurat in die Partei.
In der einmal ein Bauer, Hölle, Nientimp um. Das große
Wort geredet haben. Möge das Zentrum sehen, wie es mit
ihm fertig wird. Wir Nationalsozialisten haben schon vor
einem Jahr klipp und klar erklärt, daß er niemals in unsere
Partei aufgenommen werden könne. Mag das Zentrum noch
so sehr seinen weltlichen Mantel der christlichen Nächstenliebe über
diesen Parlamentarier decken, wir werden uns immer wieder
gehalten sehen, diese Dinge den Augen der Öffentlichkeit
preiszugeben, damit sie erfährt, was für Männer in dieser
auch so sauberen Zentrumspartei ihre Heimstätte finden können.

Wie die „Großen“ sungen . . .

In Anstertburg fand dieser Tage nach einem Bericht der
„Preussischen Zeitung“ ein zweitägiger Bonzenprozeß
statt, der einen ausgedehnten Bestechungsdelikt bei
der Vergabung städtischer Bauten zu Tage förderte. Im Mittel-
punkt stand der städtische sozialdemokratische Ober-
bauführer Bartling, der nach Bekanntwerden der Kor-
ruptionsaffäre Selbstmord verübte. Vor Gericht standen nun
7 Unternehmer, denen die Anklage zur Last legte, sich durch
Schmiergelder an den städtischen Oberbauführer Bartling
bei der Vergabung von Bauten Begünstigung verschafft zu
haben. Außerdem wurde ihnen Betrug zum Schaden der
Stadt zur Last gelegt.

**Erwiesenermaßen hatte der städtische Beamte minde-
stens 3000 RM Schmiergelder erhalten.**

Die Stadt ist allein durch einen der angeklagten Unternehmer
um 10 000 RM geschädigt worden. Da die Fälle schon eine
ganze Zeit zurückliegen, war es nicht möglich, alle restlos
aufzuklären. Von den 7 Angeklagten wurde einer frei-
gesprochen, und 6 zu Gefängnisstrafen von insgesamt 34
Monaten verurteilt. Der Leidtragende bei dieser Bestechungs-
affäre war in erster Linie die Stadt, in zweiter Linie waren
es die anständigen Unternehmer, die keine Bauaufträge er-
hielten, weil sie dem ungetreuen Beamten keine Bestechungs-
gelder zahlten.

Und rote steht es bei uns im Ländchen auf diesem Ge-
biete aus?

Manifest der hessischen Nationalsozialisten zur Landtagswahl

Von Karl Leng, M. d. R., Gauleiter.

1. Zur Lage

Am 15. November finden für das Land Hessen Land-
tagswahlen statt. Nachdem der im Jahre 1927 gewählte
Landtag aus eigener, allerdings tatsächlich nicht vorhandener
Machtvollkommenheit den Neuwahltermin im Jahre 1929
auf das Jahr 1931 verschoben hat,

entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen der hessi-
schen Verfassung und entgegen dem klaren Volks-
willen,

ist es berechtigt, wenn die Öffentlichkeit mit einem außer-
gewöhnlichen Interesse der Landtagswahl entgegensteht
und im Zusammenhang mit ihr allen innerhessischen Vor-
gängen ihre besondere Aufmerksamkeit widmet.

Die Hessenwahlen erhalten aber daneben noch besonders
dadurch eine hervorragende Bedeutung, daß sie in einen
Zeitabschnitt fallen, der unverkennbar einen scharfen Rück-
gang des Marxismus offensichtlich in die Erscheinung treten
läßt, einen Zusammenbruch der bürgerlichen Politik im Reich
und in den Ländern zeitigte und darüber hinaus einen
triumphalen und für eine politische Partei unerhörten Vor-
marsch der nationalsozialistischen Bewegung mit sich bringt.
Auf die Entwicklung in Hessen schaut darum nicht nur
das hessische, sondern auch in fast gleich starkem Maße
das deutsche Volk. Die letzten Wochen und Monate waren
erfüllt von nationalsozialistischen Tatkraften und es ist sehr
verständlich,

daß an dem Ergebnis der Hessenwahlen sich zum
ersten Male nach dem demnkürdigen Septemberkrieg
das ganze europäische Ausland orientieren wird.

Damit ist die Bedeutung der hessischen Landtagswahlen an-
gedeutet.

Sie erhalten ihre besondere Note dadurch, daß nach
ihnen das System Lenins, das System des regie-
rungsmäßig organisierten Marxismus zum Absterben
gezwungen werden wird, nachdem es seit der Revo-
lution sich nur in den Formen, nicht aber im Geist
geändert hat.

2. Der Aufmarsch der Parteien

Schon drei Wochen vor dem Wahltermin steht das Hessen-
volk in einer Wahlkampf, die mit Erbitterung und mit
großer Energie geführt wird.

Der Marxismus wird durch diese Wahl in einer
seiner letzten Hochburgen herausgefordert und wird
— das ist schon heute unüberdrückliche Gewißheit —
vernichtend geschlagen werden.

Während die Parteien mit den letzten Resten ihrer Anhänger
spera Versammlungen abhalten und viel Papier in der Form

von Flugblättern und Aufrufen nutzlos vertun, schließt sich
die NSDAP. an, in einem gleichbewußten, klar und systemvoll
geführten Kampf ihre bisher schon gewaltige Versammlungs-
fähigkeit zu verdeutlichen.

Zu einer Zeit, in der die übrigen Parteien ängstlich
noch Wahlparolen suchen und krampfhaft und ohne
Ueberzeugungskraft eine große Dummheit über
ihre kommende Niederlage hinwegzureden versuchen,
tritt die NSDAP. mit klaren und eindeutigen Pa-
rolen und mit einem ebenso notwendigen wie ziel-
bewußten Aktionsprogramm vor das Volk, damit
es überhaupt die Möglichkeit hat, zwischen uns
und den andern zu unterscheiden.

3. Was wir fordern!

Die NSDAP. hat es seit ihrem Auftreten entschieden
abgelehnt, Versprechungen zu machen.

Diese Haltung resultiert aus der Ueberzeugung, daß
es unsittlich ist, etwas zu versprechen, das man
noch gar nicht hat.

Dagegen hat die nationalsozialistische Bewegung grundsätzlich
ein zielbewußtes Nachstreben von vornherein an den Tag
gelegt. Dieses Nachstreben, das mit der Uebernahme der
Staatsgewalt endigen soll, ist die Voraussetzung zur Er-
füllung jener Forderungen, die wir, geltend für das ganze
Reich, in den 24 Grundzügen unserer Partei niedergelegt
haben.

Damach ist der Weg der nationalsozialistischen Politik
ganz klar vorgezeichnet.

Die Eroberung machtpolitischer Positionen setzt die
Führung der Bewegung in die Lage, entsprechend
dem Geist des Nationalsozialismus, Reformen
durchzuführen; die Gewinnung der Gewalt im Reichs-
gebiet gibt ihr die Möglichkeit, die praktischen For-
derungen des Nationalsozialismus als neue Welt-
anschauung von der Ebene der reinen Theorie in die
der Praxis umzusetzen.

Solange sich die Bewegung im Vormarsch befindet, also
noch keine machtpolitischen Positionen besitzt, macht sie — selbst
auf die Gefahr hin, daß sie dadurch weniger populär wirkt —
keinerlei Versprechungen. Darum haben wir auch
keine Versprechungen im Hinblick auf die hessischen Land-
tagswahlen zu machen. Gibt uns jedoch das Volk sein Ver-
trauen und will es ein gültiges Schicksal, daß die national-
sozialistische Bewegung in Hessen gleich einem leuchtenden
Fanal einen so großen Sieg davonträgt, daß sie machtpolitische
Stellen besetzen kann, dann haben wir Forderungen zu
stellen, die als Sofortprogramm in Angriff genommen
werden müssen.

Wir verlangen vor allem und sofort was den Geist der
Regierung anbelangt eine gesteigerte Sauberkeit, eine ge-
wissenhafte und peinlich beobachtete Ordnung für den Staats-
und Verwaltungskörper und im Rahmen des Ganzen eine
eindeutige Sparsamkeit von der Seite der Staatsführung.
Endlich aber verlangen wir, daß das hessische Volk wieder
verantwortlich geführt wird. Ob die bisherige marxistische
Regierung auch nur das bescheidenste Maß von Verant-
wortlichkeit gezeigt hat, das überlassen wir gerne der Beur-
teilung jedes Einzelnen.

In der Konsequenz der Tatsache, daß die marxistische
Regierung nach den Wahlen abgesetzt werden wird, ver-
langen wir Nationalsozialisten, daß die Grundprinzipien einer
ordentlichen Regierungsführung:

**Ordnung, Sauberkeit, Sparsamkeit und Verantwor-
tungsbewußtsein wieder an die Spitze der hessischen
Regierungspolitik gesetzt werden!**

Was die Staatsorganisation als solche angeht, so ergeben
sich für sie durch diese Grundlinien gewisse Folgerungen,
die wir hier im einzelnen kurz darlegen. Gleichzeitig seien
wir dem herrschenden Zustand unsere abändernden Gegen-
forderungen entgegen.

1. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit hat sich die Anzahl der
hessischen Minister wesentlich erhöht. Nach eingehenden
Prüfungen und nach dem Bericht maßgebender Sach-
verständiger stellen wir fest,

daß die zu bewältigende Arbeit gut von höchstens
zwei Ministern bewältigt werden kann und es
wird von einem kommenden Landtag zu prüfen
sein, ob es nicht angebracht ist, durch die Zu-
sammenlegung von verschiedenen Verwaltungszweigen die Anzahl der Minister auf einen
einzig zu beschränken.

Die auf diese Weise eingesparten Ministergehälter
sind zunächst für dringliche öffentliche Ausgaben zu ver-
wenden.

2. Die Staatsverwaltung ist vielfach unnötig verkompliziert
und erfährt dadurch an vielen Stellen eine wesentliche
Verteuerung. Es sind gerade in der Nachkriegszeit viele
herausragende Stellen der Staatsverwaltung und des
öffentlichen Lebens mit Parteimännern der Sozialdemo-
kratie besetzt worden, die sich zwar als Sozialdemokraten
in ihrer Partei gewisse Verdienste erworben haben mögen,
die aber keineswegs als Beamte brauchbar sind und
die für beamtliche Stellen nötigen Voraussetzungen nicht
mit sich bringen.

Wir fordern daher einen Abbau des aufgeduldeten
Beamtenkörpers unter besonderer Berücksichtigung der

oberen Stellen. Wir verlangen größtmögliche Vereinfachung und Vereinfachung der gesamten Staatsverwaltung und fordern in diesem Zusammenhang eine Zentralisierung, soweit diese sachlich nötig und im Interesse einer Vereinfachung wünschenswert erscheint.

Im übrigen soll im ganzen Staatsapparat äußerste Sparsamkeit zum Ausdruck kommen. 3. Für die Berufung zu den Staatsämtern darf einzig und allein der Befähigungsnachweis ausschlaggebend sein. Wir die nationalsozialistische Bewegung gegen jedes Parteibuchbeamtenamt Stellung nimmt, so wird sie ebenfalls sorgfältig jede Patronage vermeiden.

4. Die Zahl der hessischen Landtagsabgeordneten ist nach der hessischen Verfassung auf rund 70 festgesetzt.

Wir fordern die sofortige Schaffung eines Gesetzes, nach dem die Zahl der Landtags-Abgeordneten auf rund 30 festgesetzt wird.

Es hat sich gezeigt, und einsichtige Politiker erkennen das an, daß die übergröÙe Anzahl der Abgeordneten die Führung der Verhandlungen überaus erschwert. Außerdem führt eine Verminderung der Abgeordnetenzahl zu einer nicht geringen Einsparung staatlicher Ausgaben.

5. Ebenso dringend notwendig im Interesse der Einsparung unnötiger Ausgaben ist der Abbau der Abgeordnetenräte und ihre Beschränkung auf jene Ausgaben, die wirklich nötig sind. Daneben soll durch diese Maßnahme erreicht werden, daß sich nicht mehr solche Volksgenossen zu der Stellung eines Parlamentarikers drängen, die diesen Posten lediglich aus Gründen der Gewinnsucht anstreben.

6. In Berlin wird eine hessische Gesandtschaft unterhalten, die errichtet wurde zur Versorgung unnötiger Parteimänner.

Wir fordern die sofortige Beseitigung dieser Gesandtschaft, da sie sachlich unnötig ist und die von ihr geführten Geschäfte genau so gut durch eine kleine Geschäftsstelle erledigt werden können.

7. Die hessische Finanzpolitik hat unter dem Grundfah einer gewissenhaften Sparsamkeit zu stehen.

Alle zu machenden Ersparnisse sollen ausschließlich zur Entlastung der Steuerzahler dienen. Die steuerlichen Lasten selber sind

— soweit auf sie das Land Hessen Einfluß nehmen kann — sinngemäß so zu verteilen, daß die zahlungsfähigen Teile der Bevölkerung eine größere Belastung erfahren als die minderzahlungs-fähigen. Auf keinen Fall darf der Besitz so beunruhigt werden, daß dadurch die bodenständige Substanz angegriffen wird!

8. Um das zu erreichen, müssen größere Geldmittel gesammelt werden. Wir fordern daher, daß eine

Herabsetzung der Ministergehälter auf RM 12.000.— erfolgt, daß ein Abbau der Ministerpensionen eintritt, und die Pensionen der Großpensionäre einen noch festzusetzenden Stand keinesfalls überschreiten dürfen.

Wir fordern weiterhin, daß die hessische Regierung unverzüglich gegenüber der deutschen Reichsregierung jene Ansprüche geltend macht, die Hessen an das Reich zu stellen hat durch die

Übertragung der hessischen Staatseisenbahnen an das Reich.

Wir fordern von der hessischen Regierung, daß sie unverzüglich beim Reich Schritte unternimmt, um die dem Land Hessen aus der Westhilfe zustehenden Gelder zu erhalten.

Wir fordern endlich die sofortige energische Besteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine, da beide Einrichtungen schon seit Jahren gegenüber dem Kleingewerbe und Kleinhandel Sonderrechte erhalten haben, die durch die Lage des deutschen Volkes nach keiner Richtung hin gerechtfertigt erscheinen.

9. Durch die zuständigen Stellen des Staates muß sofort auf die Kommunalverwaltungen eingewirkt werden, daß eine Einschränkung der kommunalen Verwaltung eintritt und gleichzeitig die Ausgaben auf das geringste Maß eingeschränkt werden. Einrichtungen und Dienststellen, die entbehrlich sind, werden sofort eingezogen! Die oberen Gehälter erhalten sofort notwendige Abstriche.

10. In den Gemeindeverwaltungen hat äußerste Sparsamkeit einzusetzen.

Jede Ausgabe, die nicht durch eine vorhandene Deckung gerechtfertigt ist, hat zu unterbleiben.

Grundätzlich wird die Antiehwirtschaft, die die Gemeinden in oft unglaubliche große Schulden führt, sofort durch Anweisungen der zuständigen Staatsstellen unterbunden. Nach den gemachten Erfahrungen sind die Gemeinden von der Regierung anzuweisen, daß die kommunalen Regiebetriebe abgebaut werden, sofern in einzelnen Fällen nicht ein besonderes öffentliches Interesse vorliegen sollte.

11. Im allgemeinen muß eine Erschwerung der Eingemeindung befürwortet werden. Das gilt im Hinblick auf die Eingemeindung von Landgemeinden in Städte, besonders in Großstädte. Dagegen soll darauf hingewirkt werden, daß eine gesunde Selbstverwaltung in allen Zweigen des öffentlichen Staatslebens in die Erscheinung tritt und eine

Wiederherstellung der steuerlichen Selbständigkeit der Gemeinden erreicht wird.

12. Die Regierung hat sofort beim Reich geeignete Schritte zu unternehmen, damit grundlegende Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft unternommen werden. Sie hat innerhalb des hessischen Landes durch Unterstützungsaktionen usw. der Landwirtschaft so viel als möglich zu helfen, damit dieses wichtigste Glied unseres innerweltlichen Lebens in seinem schweren Existenzkampf Hilfe und Unterstützung erhält.

Wir haben hier nur jenen Teil der Sofortmaßnahmen genannt, die zunächst am wichtigsten erscheinen. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Forderungen noch durch eine ganze Reihe anderer ergänzt und erweitert werden könnten. Umfangreiche andere Forderungen werden von der nationalsozialistischen Bewegung im Hinblick auf spezielle Maßnahmen in der Landwirtschaft, der Sozialpolitik, der Gewerbe- und Kulturpolitik im einzelnen zu fordern sein.

Danach zeigt sich sehr eindringlich, daß die nationalsozialistische Bewegung schon heute weiß, wo in Hessen der Hebel anzusetzen ist. Und daß wir entsprechend dem Geist unseres Führers Adolf Hitler sehr viel ändern und dem hessischen Volk wieder — nach zwölfjähriger Mißwirtschaft — eine geordnete Regierung geben werden, das ist unser heiliges Versprechen, das wir besonders darum geben können, weil es abhängig davon ist, daß wir uns selber treu bleiben!

Foerster sammelt französische Gelder gegen die nationale Opposition

J. W. Foerster, Pazifist, lebt bekanntlich in Paris. Die „Friedensgesellschaft“, Küster, Schwann und Gen., sind vor kurzem schonungslos an den Pranger gestellt worden. Die Hauptrolle spielen die trüben Geldquellen im Ausland. Es ist selbstverständlich, daß sich Foerster für seine Freunde einsetzt. Er schreibt daher in seinem Blättchen: „Unabhängig von neuem treten deutsche Jugendkreise an mich heran mit der Bitte um aufklärendes, wohldokumentiertes Gegenmaterial. Mein geringes Material ist längst erschöpft. Aber man möge sicher sein: Ich betrachte es als meine patriotische (!) Pflicht, unabhängig in dem Bemühen fortzufahren, aus

unantastbaren Quellen des Auslandes die nötigen Geldmittel für solche Aufklärungsarbeit zusammenzubringen.“

Das „Gegenmaterial“ — bemerkt dazu der „Tag“ — brauchen die „Jugendkreise“ (das Reichsbanner?) zum Kampf gegen die Nationale Opposition, deren Erfolge nach Ansicht Foersters „das Resultat einer Propaganda mit unerschöpflichen Mitteln“ sind. — Herr Foerster in Paris will also weiter Geld im Ausland einsammeln.

Wir freuen uns über soviel Ehrlichkeit!

Wer hat Recht behalten?

Aus einer Rede des Generaldirektors Dr. Böglers am 8. Juli 1929.

„... Ich glaube, es ist kein großes Kunststück, sich auszurechnen, wann diese Verschuldung ihr natürliches Ende erreicht hat. Dann tritt der zweite Prozeß ein: der Ausverkauf der wirtschaftlichen Substanz. Auch dieser Prozeß wird eines Tages aufhören; dann kommt die Revision, an die auch ich glaube, aber nicht, weil sie in den Paragraphen des Youngplans verankert ist, sondern weil Deutschland zu einem Reizentrum geworden ist, was auch der Ausbeutepolitik des brutalsten Gläubigers Einhalt gebieten wird. Wieweit wir dann noch eine Privatwirtschaft haben, wieweit wir dann noch eine nationale Wirtschaft haben, das ist eine andere Frage.“

Aus einer Rundfunkrede des badischen Ministerpräsidenten Schmitt über den Youngplan am 16. Oktober 1929.

„Wir werden während der ersten Jahre weit über fünf Milliarden sparen, die Reichsregierung rechnet mit sechs Milliarden. Diese Erleichterung kann wenigstens teilweise verwendet werden zur Senkung von Einkommensteuern, Realsteuern und zur Beseitigung der Rentenbankzinsen.“

Aus einer Rundfunkrede des damaligen Reichsinnenministers Severing am 9. Oktober 1929.

„Es versteht sich von selbst, daß gerade die notleidenden Schichten einen Anspruch darauf haben, aus diesen durch den Youngplan eingesparten Millionen gewisse Erleichterungen in ihrer schweren Wirtschaftslage zu erhalten.“

Die Beantwortung der Frage „Wer hat recht behalten?“ soll dem Leser überlassen bleiben.

Der Eckert-Brief aus dem „Arbeiterparadies“ — ein fahrlässiger Schwindel

In der in Moskau erscheinenden kommunistischen Zeitung „Sa Industriallizaj“ vom 26. Oktober 1931 finden sich einige Zahlen, die auch die hiesigen „Genossen“, gerade im Zusammenhang mit dem erst von Erwin Eckert in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Brief, interessieren dürften.

Unter der Überschrift: „Tatsachen, die eine angelegte Aufmerksamkeit erfordern“

ist ein Artikel zu lesen, in welchem die Mißstände bei der Preisbildung für die wichtigsten Konsumartikel gezeigt werden. An Hand von Zahlenmaterial wird bewiesen, daß die Preisunterschiede bei den gebräuchlichsten Lebensmitteln in ein und derselben Gegend ganz phantastische, durch nichts gerechtfertigte Sprünge zeigen. Wörtlich übersezt heißt es da zum Beispiel:

„In den Preisfragen für Waren in dem Gebiet Kamenskoje herrscht Anarchie. Jede Handelsorganisation bestimmt die Preise „nach ihrem Gewissen“. Dieselben Zigaretten kosten in einem Laden 75 Kopeken, im andern 80, im dritten 90, im vierten 1,30 Rubel, im fünften 1,35 Rubel.“

Wenn man aus Kamenskoje in die Nachbargebiete fährt, wird die Preis-anarchie bei den Lebensmitteln noch fähbarer.

Von Dnjepropetrowsk bis zur Station Werchowzewo gibt es eine Bahnfahrt von 3 Stunden; bis zur Station Krivoj Rog 5 Stunden; bis Kamenskoje 1 Stunde. In Dnjepropetrowsk kostet 1 Kilo Käse 16 Rubel, in Kamenskoje 12 bis 14 Rubel, in Krivoj im Laden 7 Rubel, auf dem Markt 6 Rubel, in den Dörfern um Krivoj Rog kann man denselben Käse für 4 Rubel bekommen. — Rahmbutter, wie sie von den Bauern hergestellt wird, kostet in Dnjepropetrowsk 15 Rubel, in Krivoj Rog 12 Rubel auf dem Markt und 15 Rubel im Laden, in Werchowzewo 10 Rubel, in Kamenskoje 12 bis 15 Rubel. — 10 Eier kosten in Dnjepropetrowsk 4 Rubel, in Krivoj Rog 2,50 Rubel, in Werchowzewo 2 Rubel, in Kamenskoje 3,70 Rubel.

Diese Preise sind bekanntlich als Marktbeträge mit 2,16 zu multiplizieren, da die Sowjetregierung von jedem Ausländer pro Rubel RM 2,16 verlangt.

In der gleichen Nummer der genannten Zeitung befindet sich ein anderer Artikel mit der Überschrift: „Umbau der P. h. n.“. Darin wird über die Verdienstmöglichkeiten der Bergarbeiter im Kusnezker Gebiet diskutiert. Dabei werden die „Vorzüge“ des neuen Akkordtarifsystems besprochen. Auch hier lassen wir einige Stellen in wortgetreuer Uebersetzung folgen:

„Im Kusnezker Gebiet gilt jetzt ein Kollektivvertrag mit einem Tarif, der 10 verschiedene Gruppen vorieht. Der Tageslohn beträgt in der ersten Gruppe betrügt 1,21 Rubel und in der letzten — 8,68 Rubel...“

Die neue Lohnreform sieht 11 verschiedene Tarifgruppen vor. Der Tageslohn laut Tarif soll in der ersten Gruppe nunmehr 1,60 Rubel, in der ersten Gruppe 7 Rubel betragen. Die mittlere tarifliche Verdienstuqe pro Tag steigt bei einem Arbeiter unter Tage von 3,34 Rubel auf 4,18 Rubel; bei Arbeiter über Tage von 1,05 Rubel auf 2,47 Rubel.

Die Tarifierhöhung zusammen mit den Zulagen für einfache und progressive Akkordarbeit, ferner mit den Prämien für Nichtfehlen etc. wird den mittleren Verdienst eines Arbeiters im Kusnezker Gebiet bis auf 115 Rubel heben, statt 85 Rubel wie heute.“

Nun wird einer kommen und sagen, daß diese Löhne nur im Kusnezker Gebiet, d. h. in Westsibirien gelten und mit dem Gebiet, für welches die obigen Preise genannt sind, gar nichts zu tun haben. Wir lesen aber in dem Artikel weiter:

Die neuen Tariflöhne, welche im Kusnezker Gebiet eingeführt werden, machen ein Ende mit dem Mißverhältnis der Löhne der Bergarbeiter in diesem Gebiet und dem Gebiet am Don. Mit der Durchführung der Reform werden Tarife und Entlohnung im Kusnezker Gebiet praktisch gleich denjenigen im Donezker Gebiet.“

Lächerliche Freude der „Arbeiter-Zeitung“ über die englischen Wahlen

Der Ausgang der englischen Wahlen bedeutet für die kommunistische Internationale die größte Pein, die sie je erleben mußte. Lächerlich, wie die „Arbeiter-Zeitung“ immer über den „stürmischen“ Fortschritt der kommunistischen Partei Englands berichtete, noch lächerlicher ist aber die Freude, die die Moskauer Söldlinge über die Niederlage der Sozialdemokraten empfinden. So schreibt die „A. Z.“ wörtlich:

„... Das ist die Quintessenz der englischen Massen für die reaktionäre arbeitlerfeindliche Politik der sozialdemokratischen Nationalregierung. Das ist die erste Antwort der englischen Arbeiter auf die verräterische Politik des „kleineren Übels“, mit der die englische Sozialdemokratie als „oppositionelle Partei“ die mörderischen Anschläge der „nationalen Regierung“ auf die werktätigen Massen deckt und den Kampfeswillen der englischen Arbeiter untergräbt... Mit dieser Entlohnung reifen die Voraussetzungen heran für die Entfaltung einer starken kommunistischen Massenpartei, die das englische Proletariat und alle ausgepöbelten und getretenen Volksmassen unter ihrem Banner sammelt und zum Sturm gegen den englischen Kapitalismus, die Trugpfeile des Weltkapitalismus, führen wird.“

Das heißt mit anderen Worten, daß Bergarbeiter wohl in ganz Rußland, zum mindesten aber in den beiden Hauptindustriengebieten, wo Bergwerke vorhanden sind, gleichbezahlt werden.

Die genannten Zahlen der beiden Artikel in ein und derselben Nummer der Moskauer kommunistischen Zeitung sprechen eine so deutliche Sprache, daß jedes Wort einer Erläuterung hierzu überflüssig erscheint.

Für schwache Kopfrechner darf jedoch folgender Vergleich an Hand obiger amtlicher Zahlen dienlich sein:

Ein Kilo gemöhnlicher Käse kostet in Dnjepropetrowsk 16 Rubel gleich 34,60 RM. Der nach der ersten Tarifgruppe bezahlte Arbeiter in den Bergwerksgebieten verdient heute 1,21 Rubel gleich 2,62 RM pro Tag. In Zukunft soll er ganze 1,60 Rubel gleich 3,46 RM verdienen, d. h. für 1 Kilo Käse wird dieser Mann 10 Tage arbeiten müssen. Heute arbeitet er noch 13,2 Tage dafür. Monatlich verdient ein Arbeiter — wohlgerneht ein Bergarbeiter — durchschnittlich 115 Rubel, das sind 7,2 Kilo Käse. Dabei ist dieser „Käseordienst“ noch mit dem maximal erreichbaren Akkordlohn und sämtlich möglicher Prämien errechnet.

So zu lesen in einem echt kommunistischen Organ aus dem unantastbaren Paradies der sogenannten proletarischen Heimat.

Angehts dieser Tatsachen ist der am 29. Oktober in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichte Brief des Kommunisten-Pfarrers Erwin Eckert als ein Riesenschwindel zu bezeichnen.

Kann ein noch größerer Uninn geschrieben werden? Der englische Arbeiter hat die Sozialdemokratie verlassen, nicht, weil diese die nationale Regierung unterstützt hat, sondern weil er einsehen mußte, daß nur eine starke nationale Regierung die Rechte und die Arbeitsmöglichkeit des Arbeiters schützen kann! Eine bessere Abgabe an den Marxismus, gleich welcher Richtung, konnte nicht mehr erfolgen. Klar und deutlich hat der englische Proletarier eine Verbalshemisierung Englands abgelehnt. Die Hoffnung auf eine „starke kommunistische Massenpartei“ ist und wird eben ein für alle mal nur eine „Hoffnung“ der üblich-kommunistischen Journalle bleiben. —

Die „Arbeiter-Zeitung“ lügt!

Die große Pein, die die KPD. bei den Unhaltet Gemeindevahlen erleben mußte, läßt der „Arbeiter-Zeitung“ keine Ruhe. Wenn „man“ nämlich, trotz der „stürmischen“ Zunahme nur 6000 Stimmen gewinnen kann, während die „Nazis“ um 33 000 Stimmen zunahmen, so ist es erklärllich, daß „man“ mit allen Mitteln versucht, den Erfolg der Nationalsozialisten herunterzusetzen. Dies geschieht bei der „Arbeiter-Zeitung“, wo man einfach die Wahlergebnisse fälscht!

Praktisch die Kommunisten des Tages sei. Dabei

Das legt die Kom Nationalist. Tatsache ist, einfach 321 6851 flieg diese Fälsch

Zuchthäu

Als 1911 Postbeamten kommunistisch Kellers, Pro ermittelt, wof beweist, wof KPD. bef wegen Neu erhebtlich od Bekker hat i stahls verbi ist eine ga Er ist weg und ist, wo größerer Di Einbrüche k

Bürger

Die kor die Stärke neue Zahlen phantastische bisher zahl

Zehi für nicht m sind 17

Die K.S.D. wonach eine legen soll

S: 1

Sabotage b Straßendahn lichen Betr waffen e Straßendahn die Fahrgäf Panikstimm oder gegen e der notwete etwas wese

NS-4

Am Fr Frauenorden seine Winter dürstigen V dringenden V der ausgege

Am 1 Am 2 Am 3 Am 4 Am 5

Das str sehr reichlich von Frau E nur national

De

W: 1 kulationen und eine sehen sich diesen dar ersten feon tung 1807 er legt u größeren V Hoffste je die fremde der Kaiser kehr des V eine Freul

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

W: 1

Praktisches Beispiel: Köthen. Nach der „N.-Z.“ sind die Kommunisten von 324 auf 1447 gewachsen, während bei den Nazis ein Rückgang von 4768 auf 4753 zu verzeichnen ist. Dabei steht folgender Kommentar:

„Das letzte Ergebnis ist deshalb besonders interessant, weil die Kommunisten am stärksten gewannen, während die Nationalsozialisten sogar noch Stimmen einbüßten!“

Tatsache ist, daß die KPD nur 1126 erreicht hat (man möge einfach 321 Stimmen dazu), während wir von 4257 auf 6851 flegeln! Wie lange noch wird sich der KPD-Prolet diese Fälschungen gefallen lassen?

Zuchthäuser und Zuhälter
Die Funktionäre der KPD.

Als Mörder des letzte Woche ermordeten Gelsenkirchener Polizeibeamten sind jetzt von der Kriminalpolizei die kommunistischen Funktionäre: Franz Klops, Johann Theodor Kellers, Franz Bedmann, Wilhelm Becker, Wilhelm Bernegau ermittelt worden. Die Vergangenheit der Festgenommenen beweist, daß sie alle Kinder sich unter den Mitgliedern der KPD befinden. Der Haupttäter Klops ist „nur“ einmal wegen Meuterei, Einbruch, Zuhälterei, Körperverletzung usw. erichtlich vorbestraft. Kellers ist mit Zuchthaus vorbestraft. Becker hat mehrjährige Gefängnisstrafen wegen schweren Diebstahls verbüßt. Bernegau ist fünfmal vorbestraft. Bedmann ist eine ganz besondere Blüte der kommunistischen Partei. Er ist wegen Betruges und Urkundenfälschung vorbestraft, und ist, was kürzlich bekannt geworden ist, Mitglied einer größeren Diebesbande, auf deren Konto nachweislich 37 schwere Einbrüche kommen.

Bürgerkriegsbege der kommunist. KPD.

Die kommunistische Presse hat es bisher vermieden, über die Stärke der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ genaue Zahlen zu veröffentlichen. Man schallert von einem phantastischen Umfange dieser Organisation, ohne dies bisher zahlenmäßig belegen zu haben.

Jetzt stellt es sich heraus, daß im ganzen Reich nicht mehr als 200 000 Menschen erfasst sind. Davon sind 170 000 Erwerbslose und 30 000 noch Beschäftigte.

Die KPD-Litung hat ein neues Programm ausgearbeitet, wonach eine verstärkte Agitation unter den Arbeitslosen einzuhalten soll.

Vertriebsterror unter Schutzwaffen
spielt dabei die Hauptrolle.

Sabotage bei Elektrizitäts- und Gaswerken, sowie bei den Straßenbahnen wird angeordnet. Der Streik in allen öffentlichen Betrieben soll unter Anwendung der Schutzwaffen erzwungen werden. Im Verkehr befindliche Straßenbahnzüge sollen von Sprengkolonnen überfallen und die Fahrgäste verprügelt werden. Kurz, es soll eine allgemeine Panikstimmung hervorgerufen werden, um dann den Bürgerkrieg aller gegen alle zu proklamieren. Und das alles ist im Sinne der notorischsten Ruhe und Ordnung möglich, ohne daß etwas wesentliches geschieht!

RSD. und Judentum

Die Hamburger Rote Gewerkschafts-Opposition suchte ein neues Quartier. Ihre Wahl fiel auf das Haus Kohnhöfen Nr. 20, das der jüdischen Gemeinde gehört, und wo sich auch die Synagoge befindet. Ein sehr günstiger Mietvertrag wurde abgeschlossen. Die Juden wissen, was sie ihrer Schutztruppe schuldig sind. Nur eine Bedingung wurde gestellt, nämlich die Ernennung eines Juden Kohnfeld zum Kassierer der RSD. gegen ein Gehalt von nur 520 RM monatlich, wozu noch Prämie auf Marken und RSD-Zettlungen kommen. Die RSD. in der Synagoge. Ein RSD.-Geschäftsführer mit 520.- RM Monatsgehalt. Darum: Prolet marschiere ins Judenquartier. Der ehrliche deutsche Arbeiter holt sich dort bald den Ekel.

Was der „Vorwärts“ und sein Provinzflügel unter „Terror“ verstehen

Der „Vorwärts“ samt seinem Provinzflügel bestreiten, daß in Bremen die schweren Ausschreitungen des Reichsbanners vorgekommen seien. Es seien nur einige Stahlfelmer „nach vorhergegangener Hänfetelei“ leicht verletzt worden. Es treffe nicht zu, daß die Geschäftsstelle der Nationalsozialisten von einem Reichsbannertrupp gestürmt worden sei. Ein Reichsbannermann habe lediglich eine Fenster Scheibe dieser Geschäftsstelle mit der Faust eingeschlagen usw.

Wie jart man auf einmal ist, wenn es sich um das Reichsbanner handelt! Wenn aber ein Nationalsozialist eine Fensterscheibe einschlägt oder gar einen Juden auf dem Kurfürstendam etwas unanständig in die Seite stößt, dann, ja dann schreit es von Krotoschin bis Jerusalem: „Nationalsozialistische Nordbanditen“ usw.

Uebrigens: Ist es auch nicht wahr, daß in Reichenbach (Schl.) vor einigen Tagen Reichsbannerhelden Nationalsozialisten überfielen, mit Messern und Knäusen Gegenständen so bearbeiteten, daß 10 von ihnen schwer verletzt auf der Straße blieben? Ist das auch nicht wahr, obwohl die Reichsbanner hierauf das Sigdrett des Wagens mitfami seinem hilflosen Opfer einfach vom Wagen herunter, so daß Gohla eine schwere Verletzung des Rückgrates erlitt.

Soziald. Nordbanditen erschlagen unfern SA-Mann Gohla

Am 24. Oktober, abends um 11 Uhr, fuhr Gg. Gohla, der Obwächter war, nach Dienstschluss mit seinem Fuhrwerk nach Hause. Auf dem Heimweg laurten ihm die drei, früher dem Reichsbanner angehörenden Sozialdemokraten Gottschalk, Müller und Nischwitz in heimtückischer Weise auf. Sie versuchten auf den Wagen des Gg. Gohla von hinten aufzufahren; als dies mißlang, fuhr der Sozialdemokrat Gottschalk auf seinem Kade hinter dem Wagen her und diesmal glückte es ihm, auf den Wagen zu kommen.

Mit einem stumpfen Gegenstand schlug der rote Mörder unserem Parteigenossen derart mächtig über den Kopf, daß der Ueberfallene mit seinen schweren Wunden (ein Teil des linken Ohres wurde ihm vom Kopf getrennt), sofort bewusstlos geworden sein dürfte. Der veltliche Gottschalk

bücher Vollzeil ausbrüchlich feststellte, daß die Reichsbannerleute die Angreifer waren?

Nach der „Volksstimme“ ist Terror nur dann Terror, wenn er von den Nationalsozialisten ausgeht wird. Greifen die Reichsbannerleute aber zum Terror, dann ist das eben kein Terror, sondern „Hänfeteil“.

Evangelisches Bekenntnis

In einer Versammlung des Evangelischen Bundes führte Pfarrer Rudolph aus:

„Hätten wir nicht die Brauthenden, so wäre der Volksewismus längst über unser deutsches Volk herein gebrochen. Die große Opferbereitschaft, die die Hingabe an eine Idee mit dem Leben bezahlte, hat etwas Religiöses an sich. Dieser großen Bewegung stellt sich nun der Evangelische Bund mit seinem Bekenntnis: deutsch und evangelisch an die Seite.“

Dieses offene Bekenntnis zeigt, daß der Nationalsozialismus über den Konfessionen steht und als einzige Bewegung eine gemeinsame religiöse Grundlage geschaffen hat, auf der die Freiheit des deutschen Volkes erfolgreich bekämpft werden kann.

Das rituelle Schwächten in Aufzig verboten

Die Stadtvertretung der deutschen Stadt Aufzig in Böhmen hat längst den einstimmigen Beschluß gefaßt, das barbarische Schwächten nach dem jüdischen Ritus, das durch den bekannten Halschnitt und das Ausbluten des Aeres bei vollem Bewußtsein desselben erfolgt, zu verbieten. Trotz aller jüdischen Proteste hat nun die Landesbehörde von Böhmen diesen Beschluß als rechtskräftig bestätigt. Seit 15. Oktober 1931 darf im jüdischen Schlachthof zu Aufzig nicht mehr geschächelt werden.

Wie wir hören, sollen jetzt auch andere deutsche Städte in Böhmen dem Beispiel der Stadt Aufzig, das natürlich durch einen nationalsozialistischen Antrag zustande kam, nachfolgen. Wenn folgt Baden?

position
Paris.
Gen., sind
t worden.
im Aus-
für seine
hen: „Un-
am mich
kumen-
aterial ist
betrachte
ig in dem
tügen
namen-
brauchen
mpf gegen
Foersters
Mitteln“
weiter Geld
?
Büglers
stlich, sich
ches Ende
der Aus-
frage wird
die auch
es Young-
politik des
leweil wir
dann noch
te Frage.“
präsidenten
1929.
Über fünf
sechs Mil-
lione ver-
stern, Real-
stinnenmit-
telfreiden
durch den
terungen in
behalten?“
beiter wohl
den Haupt-
gleichbezahlt
ein und
kommun-
e Sprache,
ig erheint.
er Vergleich
betrowsk 16
ppe bezahlte
1,21 Rubel
er ganze
Rito Käte
ute arbeitet
in Arbeiter
115 Rubel,
sewerdenst-
und sämt-
Organ aus
rotelischen
Oktober
es bes
Kiesen-
hlen
eden? Der
assen, nicht,
hat, sondern
tionale Re-
es Arbeiters
Marrismus,
Roz und
chemisierung
ke kommuni-
alle mal
Journalist
!
nhalter Ge-
tung“ keine
Junahme
Nazis“ um
daß „man“
nationalisten
setzung“, mo

Wir helfen!

RS-Winterpeisung der Deutschen Frauenordens

Am Freitag, den 23. Oktober 1931, begann der Deutsche Frauenorden, Ortsgruppe Mannheim, in der Rothküche, H 5, 9, seine Winterpeisung für die erwerbslosen und sonstigen bedürftigen Parteigenossen. Wie sehr diese Speisung einem dringenden Bedürfnis entspricht, beweisen die steigenden Zahlen der ausgegebenen Essen. So wurde z. B. ausgegeben:

- Am 1. Tag, Freitag, den 23. Oktober: 64 Essen
- Am 2. Tag, Samstag, d. 24. Oktober: 76 Essen
- Am 3. Tag, Montag, d. 26. Oktober: 84 Essen
- Am 4. Tag, Dienstag, d. 27. Oktober: 98 Essen
- Am 5. Tag, Mittwoch, d. 28. Oktober: 104 Essen

Das einzelne Essen ist neben der vorzüglichen Zubereitung sehr reichlich bemessen. Der Deutsche Frauenorden unter Leitung von Frau Dr. Roth hat hier ein Hilfswerk geschaffen, wie es nur nationalsozialistischer Opfergeist zuwege bringt. Das steiget

Stelgen der Teilnehmerzahl an der Winterpeisung erfordert aber auch große Mittel, daß bei einem Preis von 20 Hf und der erheblichen Zahl der Freitische bei weitem nicht die Unkosten gedeckt werden können. Daher richten wir an alle, die noch geben können, die dringende Bitte, durch Spenden das großzügige Hilfswerk zu unterstützen. Lebensmittel wollen in H 5, 9 abgegeben bzw. unter Telefon Nr. 317 15 zur Abholung bereit gestellt werden. Geldpenden wolle man auf das Konto Nr. 4045 der städt. Sparkasse überweisen.

Gerade bei diesem Hilfswerk muß sich die innere Kraft unserer Bewegung und der Tatgedanke einer wirklichen Volksgemeinschaft erneut bewelsen.

Generalmitgliederversammlung

Am Montag fand im Wagerhof-Saale eine außerordentliche Generalmitgliederversammlung statt, die überaus stark besucht war, jedoch sich nicht mit einem Stichplag begnügen mußten. Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Folge.

Film

Scala-Kinoplele: E. A. Duponts „Nachtwelt“ ist bestimmt besser als die wirkliche der Welt- oder besser Halbweiltstädte Paris, London, New York usw. Sein Film ist aber ebenso bestimmt schlechter, als z. B. seine „Atlantik“. Anna May Wong ist es zu danken, daß er sich auf gutem Durchschmitt hält. Man hat versucht, bei diesem Film die englische Sprache durch Musik zu ersetzen, was aber nicht als ganz glücklich gelungen bezeichnet werden muß. Der 2. Film „Kinder des Glücks“ stellt den Versuch einer Synthese dar zwischen Lustfilm und Kriminalfilm. Eine Doppelgängerin der berühmten Lia de Maria (beide von Dina Gralla echt dargestellt) verursacht eine Reihe lustiger Verwechslungen. Dieses Lustspiel ist ein netter Spielfilm, verliert aber kaum das Niveau der Mittelmaßigkeit. Ein gutes Beiprogramm ergänzt den unterhaltenden Spielplan.

Unterwam: „Hilfskoren greift ein“. Felz Bressart, der den Schwur geleistet hat, niemals mehr in einem Soldatenchmank aufzutreten, zeigt sich nun seinen Verehrern von der anderen Seite. Allerdings ohne Uniform geht es nicht, und wenn es nur ein Schöffendruck ist. Als Schauspieler einer Wandlertruppe und als schwarzfahrender Schöffe erzielt er in unvielleicht noch größeren Erfolg, als in seinen Militärspwänden. Auf der Bühne erfreut die einheimische Lautenspielerin Elise Wagner mit lustigen Liedchen das Publikum.

Kogy: „24 Stunden aus dem Leben einer Frau“. Henry Porten, die sich in letzter Zeit ziemlich selten gemacht hatte, scheint wieder im Kommen zu sein. Sie ist und bleibt eben die Frau, die als Trägerin wirklich frauenhafter Rollen nicht so schnell abertoffen werden dürfte. Sanft und doch wieder mit energischem Nachdruck leitet sie einen heruntergekommenen und hilflosen Menschen auf bessere Wege. Selbst die Gefahr, ihren guten Ruf zu verlieren, fürchtet sie nicht, wenn es gilt, ein Werk frauenhafter Nächstenliebe zu Ende zu führen. Walter Killa als ihr Sorgenkind zeigt ebenfalls eine sehr ansprechende Leistung. Der ernstlose Spieler, wie der wieder-aufgerichtete Mensch finden in ihm eine nicht alltägliche Verdreperung, jedoch auch ihm die Sympathien der Besucher gewiß sein dürften. Dazu im Beiprogramm: „Drei-Groschen-Rubaret“, „Charlie voll filmen“ und die neueste Emelka-Wochenchau.

Palast-Kinoplele: „Monte Carlo“ und „Der Schmutz des Harry Adams“ sind zwei Filme amerikanischen Ursprungs. Für den ersten zeichnet E. Lubitsch verantwortlich. Wir haben schon viele Filme von ihm; dieser ist nicht sein bester, aber ein recht guter. Die arme Komische Maria entflieht 5 Minuten vor der Erzeugung ihrem Millionär, fährt halb angezogen nach Monte Carlo, sucht das Glück im Spiel und findet es — in der Liebe. Happy End! Man muß es Lubitsch schon lassen, er kennt den Geschmack des großen Publikums. Besondere Erwähnung verdient die einnehmende Musik mit einigen netten Weisen, die ausnahmsweise (und das ist gut so!) weit über dem typischen amerikanischen Jazz steht. — Der zweite Großfilm zeigt, daß die Liebe des Vaters zum Kinde größer sein kann als zu seiner Frau, wenn diese ihre Mutterpflichten vergißt. In diesem ausgedehnten Programm kommt noch der Kulturfilm „Werben und Vergessen“, der nicht unermüdet bleiben darf, und die Kanzone.

Der Kongreß tanzt

Der neue Ma-Film

Motto: „Wien, vom 10. Juli. Se. k. k. Majestät haben zu beschließen geruht, daß die Feste, welche zur Feier der Vereiniung der Monarchen in Wien stattfinden sollten, bis zum 1. Oktober verschoben bleiben.“

Wien, 10. Juli. Wiener Privatleute, die große Spekulationen auf die nahe Anwesenheit der fremden Monarchen und eine große Menge zustromender Fremden gründeten, sehen sich vor der Hand unangenehm getrübt. Unter diesen dürfte der Unternehmer des Apollosaales einer der ersten sein. Dieser Saal hat schon bei seiner ersten Errichtung 1807 über 200 000 Gulden gekostet, und muß, da er jetzt noch glänzender wieder hergestellt ist, einen noch größeren Aufwand erfordert haben. — Die angekündigten Hoffeste sollen jedoch selbst im Fall gehalten werden, wenn die fremden Monarchen gar nicht hierher kommen, weil der Kaiser, dem das Volk seine Freude über die Wiederkehr des Monarchen lebhaft begreut hat, demselben ebenfalls eine Freude machen will.“

Wfo berichteten am Donnerstag, den 28. Juli 1814, die „Berlinerische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen“ aus Wien.

Es ist nicht nötig, die Wiener Spekulanten zu bedauern, denn schließlich erfüllen sich alle Hoffnungen dennoch: am 25. September 1814 trafen Alexander I. von Rußland und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen in Wien ein. Und da es gerade ein Sonntag war, besand sich ganz Wien auf den Beinen, die fremden Monarchen zu begrüßen. So wurde der Einzug dieser beiden Monarchen zu einem grandiosen Triumphzug durch Wien, durch herrliches Sonnenwetter noch begünstigt.

Und bald begannen auch die angekündigten Festlichkeiten: bereits am 30. September nahmen die Monarchen eine Parade

im Prater ab. Und anschließend hieran wurde ebenfalls im Prater ein Riesenseuerwerk abgedramt. Das gehörte damals zu den imposantesten Schauspielern dieser Art. Das Feuerwerk selbst bestand aus sechs Fronten, die die Zukunft, die prophetische Geisirn, das Höchste des Lebens, die Tirke der Fremde, Europas Völkerbank und den Götter der Eintracht symbolisch darstellten. Die Hauptdekoration, die freudigen Beifall fand, bestand aus 2 kleinen Tempelportalen, die mit Inschriften aller Völker versehen war, die schimmernd hervortraten.

Kein Wunder, daß bei diesem Fest die Wiener Bürger-schaft groß und klein regen Anteil nahm. Und wie berichtet wird, michten sich die Monarchen damals zwanglos unter das begeisterte Volk.

Und schon am 2. Oktober 1814 fand die erste große Hofredoute statt.

Bereits am 14. Juli 1814 hatten die Berlinerische Nach-richten“ diese Redoute wie folgt angekündigt:

„Vermischtes. In der Wiener Zeitung vom Zien wird bekannt gemacht, daß die Anwesenheit der fremden Monarchen, welche in kurzem bevorstehe, durch 3 Hoffeste verherrlicht werden soll: durch eine Hofredoute für 8 bis zehntausend in Maskenkleidung, doch ohne Loden; eine Redoute parés für 4000 Personen, die eine be-sonders ausgezeichnete Bekleidung bedürfen, und ein Kongert für 4000. Es werden dazu Einladungen ausgehellt.“

Nun also war es soweit und wenn man den Berichten von damals glauben darf, so amülierten sich Volk und Monarchen großartig. Besonders machen die Zeitgenossen immer wieder darauf aufmerksam, daß die Zwanglosigkeit, mit der sich die fremden Monarchen den Wiener Bürgern näherten, diese zu heller Begeisterung brachte.

Diesen Festen sind während des Kongresses noch manche andere gefolgt und die Wiener Spekulanten dürften gewiß auf ihre Kosten gekommen sein. Man verstand es damals ausgezeichnet, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden und man vergiß bei den ersten Beratungen das Tanzen nicht.

Groß-Mannheim

Negerdörfer rund um Mannheim!

Im Anschluß an unseren Artikel „Moderne Siedlung“ in Folge 57 des „Hakenkreuz-Banner“ und „Bankrotte Baumeister“ in Nr. 60, ist es unbedingt erforderlich, die breite Öffentlichkeit auf diese, im Anschluß an das Reich geplante Erwerbslosen-Siedlung hinzuweisen. Wir können nicht genug verlangen, im Interesse aller Volksgenossen diesen Dingen mit offenen, wachsamem Augen entgegenzutreten.

Wie stellt sich hierzu das Baugewerbe, an der Spitze die angeblich „bankrotten Baumeister“?

Was sagt dazu der arbeitslose Facharbeiter, Maurer, Zimmermann, Dachdecker, Spengler, Glaser usw., was der arbeitslose Privatarchitekt und Zeichner?

Nach den bis jetzt erfolgten Verhandlungen in dieser Sache erweckt es den Anschein, als ob hier wiederum nur Hochbauamt und Gemeinnützige Baugesellschaft für ihre, ohne Arbeit die Dienststunden abfingenden Angestellten und Beamten Betätigung suchen, während Hunderte von erwerbslosen Facharbeitern einschl. Architekten übergangen werden sollen. Wohl hat man von Seiten des Arbeitsamtes versucht, einen Teil der Erwerbslosen heranzuziehen, um Projekte kostenlos, d. h. ohne jede finanzielle Vergütung, oder als Entschädigung, man höre und staune — ein Fastnachtsstern

gegen einen Antrag der Arbeitsämter ins Reichsschuldenbuch

auszuwickeln, die jedoch als nicht genügend bezeichnet wurden. Wir haben den Eindruck, daß das Arbeitsamt die Projekte von Erwerbslosen nur zu dem Vorwand anfertigen ließ, um sich später Vormüße zu ersparen, und letzten Endes doch die Entwürfe der Gemeinnützigen Baugesellschaft zur Ausführung empfiehlt und auch tatsächlich von ungelerten Kräften, wie Bäder, Wegger, Friseur, Handschuhmacher und Konditoren ausführen läßt. Es ist „neue Sachlichkeit“ die Ausführung der sogenannten Siedlung — des Barackenbau — durch derartige „geschulte Kräfte und Facharbeiter“ ohne bauleitenden Architekten ausführen zu lassen. Wenn man bei Siedlungsbauten ohne Architekten auskommen kann, dann kann man auch bei Projekten auf den Rechtsbestand, der ja doch zu 85 Prozent jüdischer Abkunft ist, verzichten.

Nun wäre in allererster Linie die Frage der Geldbeschaffung zu ventilieren. Hier geht unsere Ansicht dahin, daß Mannheim unbedingt abwarten möchte,

ob die leeren Reichskassen überhaupt in der Lage sind, Mannheim einen Zuschuß für Erwerbslosensiedlung in der angegebenen Höhe von 2.600.000 RM zu genehmigen und zu überweisen!

Warum stiehlt Mannheim auf eigene Faust ohne endgültige Zulassung der Mittel aus der Reichskasse? Es weiß doch heute jedes Kind, daß es illusorisch ist, ja, es müßte ein Wunder geschehen, wenn aus leeren Reichskassen Baugelder in solcher Höhe zu Siedlungsmaßnahmen überwiesen werden könnten. Aus welchen Gründen will denn Mannheim unbedingt Berlin vorkommen? Warum denn diese jüdische Hast? Gibt es hier etwas zu verdienen oder gar ein großes Geschäft zu machen, um etwa den Haushalt balanzieren zu können? Hatte doch Herr Strähle vom Arbeitsamt, der die allerersten Sitzungen leitete, vor lauter Ueberreifer in jener Donnerstags-Sitzung am 17. Juli 1930 die Anwesenheit der Presse übersehen. Eine Sitzung jagt seit dieser Zeit die andere. Hier müssen ganz triftige Gründe vorliegen, die diese Eile und Hast begründen!

Warum gab denn vorgenannter Beamter, dem die Gründe nach eigener Angabe bekannt sind, in vorerwähnter Sitzung nicht auch die wahren Gründe an, warum Mannheim der Hauptstadt Berlin den Rang ablaufen will? Warum rüchte er nicht mit der Sprache heraus, als man an ihn die Frage richtete?

Materialbeschaffung! Soll denn das Arbeitsamt wirklich die Materialkosten liefern? Wir erwarten hierüber eine umfassende Auskunft von maßgebender Stelle.

Warum ist man in Mannheim so großzügig bei der Herausgabe von Geldern und errichtet sofort 100 Siedlungshäuser für 150.000 RM, während man andererseits dem notleidenden Bürger die Steuern mit Gewalt herauspreßt! Siehe erhöhte Bürgersteuer, Gebäudesondersteuernachtrag und erhöhte Gebäudesondersteuer, welche Mittel bekanntlich zur

Befreiung des Staats, aber nicht zur Belegung des Bauhandwerks verwendet werden! Der Althausbesitz kann ja ruhig zugrunde gehen, denn Gebäudesondersteuer wird ja keine nachgelassen, sondern vielmehr erhöht, damit ja kein Hausbesitzer in der Lage ist, sein Eigentum durch Vornehmen der zur Sicherung der Passanten erforderlichen Reparaturen, wieder in Stand zu setzen.

Man arbeitet scheinbar nach Wiener Vorbild! Es kommt uns vor, als wenn durch diese Maßnahmen die halbe Bürgerschaft zum Fürsorgeempfänger gemacht werden sollte, damit auch wieder für

das neue errichtete Arbeitsamt genügend Arbeit vorhanden ist,

oder will man vielleicht die Arbeitslosigkeit weitester Kreise völlig verewigen?

Wir vermissen weiter die Berücksichtigung des Bezirksratsbeschlusses, nach welchem Bauten jeglicher Art nur an Straßen errichtet werden dürfen, die mit Licht, Wasser und Entwässerung versehen sind. Wo bleibt Handwerkskammer, bau- und gesundheitspolizeiliche Kontrolle?

Pg. Wegel und Pflaumer im Rufensaal

„Das Volk steht bei uns“!

Zwei Monate hindurch kämpften wir in Mannheim in vielen kleinen Versammlungen, die von den 12 Sektionen regelmäßig durchgeführt wurden. Abend für Abend trommelten wir in allen Winkeln der „roten“ Stadt. Fast jeden Abend tat der SA-Mann seinen Dienst, denn jede Versammlung mußte in Ruhe und Disziplin durchgeführt werden. Von den 90 angeforderten Versammlungen konnte nur eine nicht durchgeführt werden, da die Vollgeldaktion wegen „Gefährdung der Ruhe und Sicherheit“ die Genehmigung verweigerte. Gerade als wir in Käferaal Fuß gefaßt und den marxistischen Terror gebrochen hatten, erreichten die Käferaal Sozialis und ihre „schwarzen“ Freunde ein Verbot! Aber das hindert uns nicht, auf anderem Wege die verführten Volksgenossen aufzuklären.

Ohne Bekanntmachung an den Plakatsäulen und andere großartige Propagandamethoden füllten wir vergangenen Donnerstag den Rufensaal bis auf den letzten Platz. Schneidige Marsche des SS-Spielmannszuges unterhielten die Besucher, bis Pg. Dr. Ditz die Versammlung eröffnete. Als erster Redner sprach

Pg. Vollgeldoberkassant a. D. Pflaumer-Helberberg über das Thema: „Warum mußte das demokratisch-parlamentarische System versagen?“

Pg. Pflaumer ging von der Gründung des Staates bzw. von der Revolution des November 1918 aus und schilderte in bunten Bildern das System bis auf den heutigen Tag. Er stellte fest, daß das Kennzeichen der Demokratie immer der Kompromiß gewesen ist. Man sagt heute, das Volk taugt für die Verfassung nicht. Wir vertreten allerdings den Standpunkt, daß das deutsche Volk nicht von jüdischen Journalisten erjogen werden muß, um für die Verfassung zu „taugen“, die sich einbilden, man könne Lebensreformen einführen. Wenn man heute von der Weimarer Verfassung redet, so müssen wir dem Volke sagen, daß es überhaupt keine Demokratie mehr gibt.

Das heutige System verkörpert den Volksstaat längst nicht mehr!

Heute erhält man den Staat nur noch mit der Polizei aufrecht, aber ein moderner Staat kann auf die Dauer nicht mit der Polizei aufrecht erhalten werden. Pg. Pflaumer, der die Verhältnisse der Polizei aus eigener Erfahrung kennt, weiß, daß die Mehrheit der Polizei selbst nicht mehr bei diesem System steht, vielmehr, daß die Polizei heute nationalsozialistisch ist. So ist vor kurzer Zeit Polizeimajor Weigand in Heidelberg, der wegen der Gumbel-Affäre

Wünscht Mannheim nochmals eine Barackensiedlung, wie Speitzengärten am Lungenspital usw., die das Primitivste vom Primitivsten darstellen und keinerlei Rücksicht auf die Volksgesundheit nehmen?

Von allem Vorgenannten abgesehen, stellen wir es der Gesamtbevölkerung anheim, sich über die hygienische Beschaffenheit solcher Kuster-Siedlung ein Urteil zu bilden. In dieser schweren Notzeit, in der es dem allseits beliebten SA nicht einmal möglich ist, den Haushaltsplan für 1932/33 aufzustellen, werden für Versuchssiedlungen nun und planlos Gelder zum Fenster hinausgeworfen, mit der Entschuldigung, daß es sich ja nur um eine Ausgabe von vorläufig 150.000 RM handeln würde.

Wir Nationalsozialisten stellen uns in dem Siedlungsgedanken, der für uns mit Hauptprogrammpunkt bildet, etwas anderes vor, als eine Schröbergärten-Siedlung, die Hundshütten nicht unähnlich sind. Wir verstehen unter Siedlungen nicht nur einen Wohnraum mit kleinem Garten, sondern eine genügende, gesunde Wohnmöglichkeit mit genügend Grund und Boden, auf welchem der Siedler durch Fleiß und Arbeit sich und seine Familie tatsächlich ein Existenzminimum sichern kann, um so entproletarisiert und nach langjähriger Arbeitslosigkeit wieder ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft werden zu können, das auf eigenem Grund und Boden, durch Fleiß seiner gesamten Familie, wieder Liebe und Unabhängigkeit zur Scholle und Heimat zurückgewinnt.

aus dem Dienst schied, heute Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung.

Zusammenfassend führte der Redner aus, das demokratisch-parlamentarische System ist bedroht!

Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Große Opfer müssen gebracht werden, bis der Staat unser ist. Nie hat einem Volke ein solches Symbol vorangeleuchtet und deshalb müssen wir mit unserem Führer Adolf Hitler stehen.

Endloser Beifall dankte dem Redner für seine von innerster Ueberzeugung getragenen Worte. — Alsdann ergriff Ortsgruppenleiter Pg. Wegel

das Wort zu dem Thema: „Unser Aufbauprogramm“ und führte aus: Heute, nachdem wir schon seit zwölf Jahren in unseren Versammlungen das nationalsozialistische Programm verkünden, merken uns die Herrschaften des heutigen Systems vor, wie hätten kein Programm! Schon im Jahre 1919 predigte Adolf Hitler die 25 Thesen des Nationalsozialismus, die das Fundament des Programms darstellen. Wie wollen erst einmal Brüning und das Zentrum fragen, was eigentlich ihr Programm ist. Wie, die uns vorwerfen, wir hätten kein Programm, sollen uns einmal das Ihrige zeigen. Aber was wir wollen, das wissen die heutigen Machthaber ganz genau. Doch

das Volk will von den Stützen des heutigen Systems nichts mehr wissen. — Das Volk steht bei uns!

Bei allen Wahlen gab das deutsche Volk den Machthabern seine Meinung bekannt. Und wenn sie es noch nicht erkannt haben, dann sagen wir ihnen, was die Massen rufen:

Wir wollen Adolf Hitler!

Rasender Beifall war der Dank für die ausgezeichneten Worte unseres Ortsgruppenleiters.

Nach einer kleinen Pause und einem zackigen Marsch des Spielmannszuges wurden Lichtbilder aus dem Buche: „Das wahre Gesicht der Demokratie“ vorgeführt, die von Pg. Wegel erläutert wurden. Vor unseren Augen zogen alle Typen der Novemberrepublik vorüber, angefangen bei Ebert, Haase und Scheidemann bis zu den Schlärens, denen man heute ein Prozeß macht! Es war von Vorteil, aber auch erfreulich, nicht nur für uns, sondern auch für die Polizei, die wahre Meinung des Volkes über einzelne... zu hören (Achtung, Noterordnung!), denn in der Dunkelheit konnte man die Kaiser nicht erkennen. Mitunter war die Volksmeinung zu deutlich und der Beifall zu groß!

Zum Abschluß wurden die Bilder von dem grandiosen Aufmarsch in Braunschweig gezeigt, die einen Beifall ohnegleichen hervorriefen.

Nachdem das Bild unseres Führers erschienen war, erklang das Horst-Wessel-Lied und jedem muß es zum Bewußtsein gekommen sein, daß es bald wahr werden muß, was Millionen heute singen: Die Anechtenschaft dauert nur noch kurze Zeit!

Der Bauernweiler.

Die Weinheimer berichten, daß Adam Kemmele, Dr. i. r., ferner badischer Doppelminister a. D., derzeitiger Verlagsdirektor und Propagandist der Mannheimer „Eugenstimme“, auf Wanderschaft gewesen ist und in ihren Mauern weilte — o welch Entzücken! — um den Genossen von der Linken die diebere Rechte zu drücken. In irgend einem Nebenzimmer ließ man den Gewaltigen sprechen. Er beschwor die Genossen, doch bloß nicht auszubreden und daß sie händelstündend — man will doch Erfolge buchen — recht eifrig nach dem bewußten zweiten Mann zu suchen. Hierauf entwegte er still und leise bei Nacht. Einen Fackelzug hat man ihm nicht dargebracht. — O Adam, Adam, wir haben dich geändert die Zeiten! Wo blieben die Hunderte, dich zum Bahnhof zu geleiten? Nicht eine einzige Stimme hörte man klingen. Dir das mit Recht so beliebte Märlchen zu singen. Es ist nichts mehr los. Bleib zuhause, wähle das bessere Teil! „Gehi uns die Nacht!“ „Wo bleibt der zweite Mann?“ „Frei Heil!“

Eykeus.

Also doch „Reichsjammerfahne“!

In der Folge 42 des „Hakenkreuz-Banner“ brachten wir einen Artikel, in dem von der „Reichsjammerfahne“ die Rede war. Auf Grund dieser Äußerung wurde seiner Zeit das „Hakenkreuz-Banner“ beschlagnahmt und ein Verfahren gegen den für diesen Teil verantwortlichen Schriftleiter Pg. Haas eingeleitet und zwar auf Grund des Republikshutzgesetzes und des Pressegesetzes.

Uns war von vornherein klar, daß diese Beschlagnahme jeder rechtlichen Grundlage entbehrt und die Anklage mit dem Freispruch enden muß. Vor nicht allzu langer Zeit entschied das Reichsgericht in Leipzig, daß

die Fahne des Reichsbanners mit der Fahne des Reiches nicht identisch sei.

Der Herr Staatsanwalt überzeigte sich scheinbar inzwischen von dieser Reichsgerichtsentscheidung und sah „den angeklagten Schriftleiter mangels hinreichender Beweise außer Verfolgung“!

Das Schreiben der Staatsanwaltschaft lautet:

Kandgericht, Mannheim, den 21. Oktober 1931.
1. Strafkammer.

Strafsache gegen

Friedrich Haas aus Mannheim wegen Vergehen gegen das Republikshutzgesetz und gegen das Pressegesetz.

Der Angeeschuldigte Friedrich Haas wird mangels hinreichenden Beweises somit aus tatsächlichen Gründen außer Verfolgung gesetzt, da es zweifelhaft ist, ob in objektiver Hinsicht nach dem Zusammenhang, in dem der Ausbruch

„Reichsjammerfahne“ gebraucht wurde, dem Leserkreis der Zeitung eine Beschimpfung der Reichsflagge zum Ausdruck gebracht wurde, und ferner in subjektiver Hinsicht nach der Tendenz des Artikels nicht genügend nachgewiesen werden kann, daß der Angeeschuldigte sich bewußt war oder zum mindesten mit der Möglichkeit rechnete, daß seine Äußerung in einem die Reichsflagge beschimpfenden Sinne verstanden werden könne, und er auch für diesen Fall die Äußerung gemollt hat.

Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen.

geg. Dr. Weglar Dr. Arnold Dr. Engelberth.

Ausfertigung:

Der Urkundsbeamte: geg.

„Die Kosten trägt die Staatskasse!“ Und jetzt verlangen wir, daß die ungerechte Beschlagnahme wieder gutgemacht wird. Die Verlustrechnung werden wir dem badischen Fiskus noch zusenden!

Kampfbund für deutsche Kultur
Heute Abend Richard Wagner-Abend
 8³⁰ Harmonie / D 2, 6
 unter Mitwirkung von H. Färbaeh, Opernfänger, zugunsten der Notfälle.
 Eintrittspreise: 1.—, 0.50 und 0.30 RM.

Nr. 67/1931
 Ist das
 Es gibt
 einen Feind
 Es gibt in
 Feindtritt ger
 eben niemand
 oder weil st
 tucht wurde
 erwählt zu
 schaft als
 die man
 Bürger ge
 genug als
 welche den
 so in der
 Unterschied
 Geleg schon
 „anständiger
 liche Gefells
 Es gibt
 land nennt
 einem System
 Demokratie.
 heit“ ist ins
 Bezahlen der
 Pändchen ga
 der Großbet
 Menschen“ g
 „Sozialismus
 aller war an
 etwas. Trotz
 nicht die gel
 auch sonst n
 Menschen an
 Teufel Fliege
 der Armen n
 nachten also
 Es gab
 Menschen, die
 ausgefogen
 gehalten nicht
 andere wieder
 ein Verger fe
 So gab
 Hille, eine
 ausreichende un
 möglichkeiten
 hörten dem
 Es gibt nun
 such“ der N
 die Verwechsl
 Apfel als D
 eines so fröh
 heimer Volks
 in seiner Ru
 „Die Wurze
 „Die
 Man brauc
 sogenannten
 wie oft sie
 und anderer
 bürger nicht
 front und
 Das ist die
 trunsaugen n
 vielleicht doch
 Prälat
 tagung in St
 Weg
 künstlichen
 wenigstens
 Staat und
 den Luxus,
 geraten, no
 laufen, das
 Also eine B
 Wir Nat
 auf das Ende
 Schuld an den
 Schind heute
 zeitige System
 Verhungern
 sich nicht meh
 diese Menschen
 nicht unsere,
 Bo
 Totengeb
 Sonntag,
 feier im M
 Reichsführer de
 tritt 40 hzw. 2
 Achtung!
 In Fährer
 Pg. Siebmal K
 Die Sprech
 unseres Pg. Dr.
 forngangelegen
 den angegebener
 Be
 Schweringe
 Montag, 9.
 Schwanzsaal.

Ist das Anstand?

Ein Kapitel über die zentrierte Nächstenliebe!

Es gibt in der Welt Menschen, die irgendwann einmal einen Fehltritt begangen haben und deshalb bestraft wurden. Es gibt in der Welt aber auch Menschen, die ebenso einen Fehltritt gemacht haben und nicht verurteilt wurden, weil eben niemand von der strafbaren Handlung etwas gemerkt hat oder weil sie unter dem Deckmantel der Nächstenliebe verurteilt wurde.

Es gibt auf dem Erdenrund einen Fleck, den man Deutschland nennt. Dieses Fleckchen Erde wird nun beherrscht von einem System der „Freiheit, Schönheit und Würde“, genannt — Demokratie. Die „Freiheit“ ist hier verstanden, die „Schönheit“ ist insofern verstanden und die „Würde“ besteht im Gehalten der Bürgerrechte und anderen.

Es gab in diesem Ländchen der Freiheit aber auch Menschen, die in „Schönheit und Würde“ von dem Geiste der ausgelegenen Massen lebten, denen ihre tiefsten Vorgesetzten nicht genügen. Sie ließen sich bestechen und bestachen andere wieder, daß es eine Lust für sie war zu leben, und ein Vergnügen für die andern.

So gab es einmal einen deutschen Vizepräsidenten namens H. B. K., einen Schleier Nientim, denen ihr Gehalt nicht ausreichte und die sich dann nach anderen Erwerbsmöglichkeiten umsehen. Und komisch, alle diese Männer gehörten dem „deutschen“ oder dem „bayerischen“ Zentrum an. Es gibt nun ein römisches Recht, das bezeichnet die „Gelehrtheit“ der Reichen als „Kleptomanie“ und bei einem Armen die Verwöhnung des Eigentumsbegriffs in Bezug auf einen Apfel als Diebstahl.

Man braucht nur daran zu denken, was manche dieser sogenannten Stürmer schon alles unternommen haben und wie oft sie von den Gerichten wegen Landfriedensbruchs und anderer über Gesetze, in die ein anständiger Staatsbürger nicht hineingerät, verurteilt worden sind. Rotfront und SA — gleiche Brüder, gleiche Kapfen.

Das ist die Meinung eines schwarzen Blättchens! Mit Zentrumsaugen mag nichts dagegen einzuwenden sein oder vielleicht doch?

Präsident Kaas erklärte ja auf der letzten Zentrumsversammlung in Stuttgart:

„Weg mit den Parteifranken, weg mit den gekünstelten Grenzen zwischen den verschiedenen Lagern, wenigstens so lange, bis zu dem Augenblick, wo wir Staat und Volk gerettet haben. Dann können wir uns den Luxus, uns parteipolitisch wieder in die Haare zu geraten, wenigstens wieder leisten ohne ein Risiko zu laufen, das niemand verantworten kann.“

Wiso eine Billigung der roten Mordtaten!

Die Nationalsozialisten verwahren uns auf jeden Fall auf das Entschiedenste gegen jeden Versuch, uns irgendwelche Schuld an den blutigen Zusammenstößen aufbürden zu wollen. Wenn heute tausende deutscher Menschen, die durch das derzeitige System ihrer Arbeitsstätte beraubt wurden, vor dem Verhungern stehen, keine bessere Zukunft sehen, wenn sie sich nicht mehr im eigenen Lande sicher fühlen können, wenn diese Menschen einmal ihre Kerden verlieren, dann ist das nicht unsere, sondern es ist eure Schuld! Die Saat, die

Ihr gefät habt, geht blutig auf! Vertierte Halbstatuen können unter eurer stillen Duldung ihr Unwesen treiben. — Schlechender Bürgerkrieg, dessen ureigenste Förderer ihr seid! Wenn heute die staatlichen Machtmittel nicht mehr ausreichen, um das Leben unserer Volksgenossen zu beschützen, dann seid ihr Pharisäer dafür verantwortlich zu machen! Ihr habt diese marxistische Brut hochgezogen, schaut zu, wie ihr jetzt mit ihr fertig werdet. Wir Nationalsozialisten haben es satt, uns kampf- und wehrlos niederschlagen zu lassen! Wir sind in die Rolle der Angegriffenen gedrängt worden; 200 tote SA-Leute, bestialisch zusammengestoßen und niedergeschossen, sind untrügliche Beweise dafür. Höhnisch überschreibt eine Zentrumszeitung die Ermordung eines Stahlhelmführers:

„Was sich liest, neckt sich!“

Könnt ihr eure grenzenlose Heuchelei noch besser entlarven? Unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe versucht ihr andere mit Schmutz zu bewerfen. Feig und hinterlistig entleert ihr eure Giftspritzen unter das Volk. Jahrelang habt

Schwetzingen Brief

Pfarrer Teufsch und Dr. Lingens rechnen mit dem Evang. Volksdienst ab!

Einen „unglücklichen Stand“ nennt die Schwetzingen Zeitung die unbefreiliche Dämung des „Evang. Volksdienstes“ durch seinen hiesigen Führer, Herrn Albrecht! Lieber Volksdienstmann, als Mensch haben wir Sie sehr bedauert, aber als Politiker müssen wir Ihnen sagen, daß wir in einer nationalsozialistischen Versammlung noch selten einen Diskussionsredner hörten, der soviel Viech zusammenbodelte und der in so kindlicher Unwissenheit den selbstverständlichen politischen Dingen gegenübersteht. — Haben Sie denn schon jemals von einem nationalsozialistischen Programm etwas gehört? — Sie standen doch nicht vor einer Zusammenkunft der Jungen der evang. Jugendbewegung, sondern vor einer großen Volksversammlung, zum größten Teil politisch reifer und aufgeklärter Menschen! Wir müssen schon sagen, daß wohl kaum ein Mensch im Saal anwesend war, der nicht restlos, nach Ihrer konfusen und pathetischen Rede, zur Ueberzeugung kam,

daß ein Evang. Volksdienst nicht die geringste Daseinsberechtigung hat.

Nun zu unserer großen Kundgebung. Kein Stuhl war im Falkenaal mehr zu haben, nahezu 900 Personen waren anwesend, als Pfarrer Teufsch und Dr. Lingens das Podium betreten und zu gleicher Zeit unsere Schwetzingen SA- und SS., lebhafte verstärkt durch ein paar Heidelberger Gruppen, unter den Klängen eines Marsches, gespielt vom schneidigen SS.-Spielmannsgesang, in den Saal marschierten. Mit lebhaftem Beifall wurden unsere Kämpfer empfangen.

Nach kurzer Begrüßung durch P. G. Stöber ergriff P. G. Pfarrer Teufsch das Wort zu seinem Thema „Warum Nationalsozialismus?“. Da bekannt war, daß eine Anzahl „Volksdienstler“ von Schwetzingen und Umgebung anwesend waren und auch deren Führer, Herr Albrecht, zur Diskussion sprechen wollte, legte P. G. Pfarrer Teufsch Wert darauf, diesem „Volksdienst“ ein paar bittere Wahrheiten zu sagen. — In bewegten Worten legte er der Versammlung klar, warum er mit 66 Jahren „Hitlerlausdub“ geworden sei und warum er in unzähligen Versammlungen um die Seele des deutschen Volkes kämpfte! Lebhaftiger Beifall lohnte die aus innerster Ueberzeugung gemachten Darlegungen, die in die Mahnung ausklangen, daß jeder national und sozial denkende Mensch heute in den Reihen der nationalsozialistischen Bewegung stehen muß. —

Der hier in Schwetzingen beliebte zweite Redner des Abends, P. G. Dr. Lingens, sprach in seiner markanten Art über „Nationalsozialismus und Kommunismus“. Lauter Beifall unterbrach immer wieder die treffenden Ausführungen. Mit Begeisterung sangen die Anwesenden das Deutschlandlied. Ueber die Diskussion haben wir eingangs berichtet. Pfarrer

Ihr dieses gefährliche Spiel treiben können. Jetzt erntet, was ihr gesät habt! Wenn heute in unserem Volke der schleichende Bürgerkrieg tobt, dann seid ihr die Schuldigen, denn wo sind eure Versprechungen, wo sind die Erfolge eurer Politik? Wäre nur ein Zehntel davon in Erfüllung gegangen, dann wäre Ruhe und Ordnung in Deutschland und es würde keine „Landfriedensbrecher“ geben! Bei wem sind die Menschen, die wegen „über Gesetzen, in die ein anständiger Bürger nicht hineingerät“ verurteilt worden sind? Bei uns oder beim allerchristlichsten Zentrum? Habt ihr einen Höfle, einen Dr. Weigmann, einen Nientim schon vergessen? Ist es euch unbekannt, daß in Baden innerhalb weniger Tage vier zentrierte Bürgermeister wegen Urkundenfälschungen, Unterschlagungen und anderer „über“ Gesetzen ihres Amtes enthoben werden mußten und die Strafverfahren gegen sie eingeleitet wurden? Warum schreibt ihr hierüber nichts? Ihr schmeißt! Wer sind die Verbrecher am Volke? Jene, denen ihr alles genommen habt, die vor Hunger nicht mehr wußten, was sie taten, oder jene, die sich an der Futterkrippe mästeten, und trotzdem noch den Staat und damit das Volk bestohlen haben? Ihr Herren des schneidigsten Zentrums, ihr seid die „Wurzel des Übels“ und solange diese Wurzel nicht ausgerottet ist, wird es Deutschland nie besser gehen. Ihr nennt uns nicht umsonst radikal! Ein nationalsozialistischer Staat wird einmal jede „Zentrumswurzel“ radikal ausgraben und sollte sie noch so tief sitzen!

M. Höfl.

Teufsch und Dr. Lingens hatten es nicht schwer, diesen Diskussionsredner abzufertigen, zudem er es auch vorzog, unter der Heiterkeit der Versammlung den Saal zu verlassen. Mit dem Horst-Wessel-Lied und unserem Kampfruf „Deutschland erwache“ wurde die Versammlung geschlossen. —

Reiche Kampfspende, Neuaufnahmen und Zeitungsbestellungen konnten wir als sichtbaren Erfolg unserer Kundgebung buchen.

Jaddasch schwindelt in Biernheim!

Die „geistig hochstehende“ Führung der Biernheimer KPD, hatte für Mittwoch den Reichstagsabgeordneten „Genossen“ Jaddasch verpflichtet. Der U.A.-Saal war gut besetzt, ist doch Biernheim vor den Wahlen immer auf den Beinen. Zum Thema: „Gegen die Reichen — für die Armen“, bemerkte der Sprecher, daß im Sowjet-Deutschland jeder Arbeiter 6—8000 Mark zu verdienen hätte. Eine halbe Stunde später behauptete der Redner, daß im kommunistischen Deutschland niemand mehr als 6000 RM Einkommen haben dürfte. Die SA sei nur dazu bestimmt, Antifa-Leute niederzuknüppeln. Die Führung der NS. sehe sich ja doch nur aus Kriegsgewinnern zusammen. Wie die NS. die Juden bekämpfen würden, das würde doch die Zustimmung für die 7 Millionen, die dem Judenkonkern Wolff bewilligt wurden (!) beweisen.

Dazu bemerken wir, daß alles in allem die sattem bekannten kommunistischen Wahlmanöver sind. Denn was ist es anders, wenn man hinget und spricht, daß in einem Sowjet-Deutschland jeder Arbeiter 6—8000 RM pro Jahr verdienen würde? Einem jeden gesunden Menschenverstand muß es doch unbedingt einleuchten, daß man dieses doch nur als hohle Phrase bezeichnen kann. Sind es nicht die gleichen Versprechungen und Lockmittel wie 1918? Was unser Führer Adolf Hitler am Tage der Nachtorgelung tun wird, Herr Jaddasch, das lassen Sie bitte dessen Sorge sein, oder wir, Herr „Genosse“, glauben bestimmt, daß an dem erwähnten Tage Sie wie toll herumtanzen werden. Den nötigen Schluß werden Sie schon beigebracht bekommen! Von welcher Seite die meisten Ueberfälle vollführt werden, ist längst einwandfrei erwiesen. Mit dem Nächstigen, die KPDVP. hätte zugunsten des Judenkonkerns gestimmt, können Sie, auf gut deutsch gesagt, doch keine Pferde mehr kopfschief machen. Wollen Sie, Herr Jaddasch, vielleicht auch die KPDVP. für die 23 000 RM Zulage des Herrn Dr. Ubelung verantwortlich machen? Ihr Hauptaugenmerk hatten Sie doch in Ihrer Rede auf die KPDVP. gerichtet.

Mit diesen Hehreden können Sie den Siegeszug unserer Freiheitsbewegung, auch in Biernheim, nicht mehr aufhalten.

Pg. Schemm Unser Glaube an Deutschland

M.d.R., Bayreuth, spricht über:

am Sonntag, 8. November, 8 Uhr abds, in der Weinheimer Festhalle Pfälzer Hof. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Weinheim.

Paroleausgabe Groß-Mannheim

Totengedenkfeier

Sonntag, 8. November, abends 8 Uhr, Totengedenkfeier im Muffenjaal. Es sprechen: Dr. von Kentein, Reichsführer der NSDAP, und Ortsgruppenleiter Wegel. Eintritt 40 bzw. 20 Pf.

Achtung!

In Fürsorge-Angelegenheiten ist ab 1. November nicht mehr Pg. Stadtrat Kunzel, sondern Pg. Stadtrat Dr. Orth zuständig.

Die Sprechstunden

unseres Pg. Dr. Orth: Montag und Freitag 4—6 Uhr, in Fürsorgeangelegenheiten Montag und Mittwoch 4—6 Uhr. Außer den angegebenen Zeiten ist Pg. Dr. Orth nicht zu sprechen.

Versammlungen im Bezirk Schwetzingen

Montag, 9. November, 8.30 Uhr, Mitgleiderversammlung im Schwanzsaal. Redner Pg. Bezirksführer Wegel, Mannheim.

Sektion Schwetzingen-Brühl

Freitag, den 6. November, abends 8.30 Uhr, Sprechabend im „Löwen“. Für Pg. Pflicht! Freunde mitbringen!

Weinheim

Nächster Sprechabend: Freitag, den 6. November, bei Ehret zur „Redendachn“.

Hinweis.

Stenographiekurs! Heute Dienstag und Freitag, abends halb 8 Uhr, eröffnet der Bad. Lehrerverband für deutsche Einheitskurzschrift E.V. Mannheim, Wehlplatz 2, im Gymnasium bei der Kunsthalle einen neuen Anfängerkurs in Reichskurzschrift für Damen und Herren. Die Kursstellenegebühren kann in Raten bezahlt werden.

Steuerkalender für November 1931

Table with 2 columns: Date and Tax Type. Includes: 5. Nov. 1931: Lohnsteuer und Arbeitslohnsteuer für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1931. 10. Nov.: Börsenanzugssteuer für Oktober 1931. 15. Nov.: Einkommensteuer und Landeshirchenssteuer-Zuschlag für Denawirte. 16. Nov.: Vermögenssteuer. 20. Nov.: Lohnsteuer und Arbeitslohnsteuer für die Zeit vom 1. bis 15. Nov. 1931. 20. Nov.: Versicherungsteuer für Oktober 1931.

Nationaltheater Mannheim

Spielplan vom 3. November bis 7. November 1931: Im Nationaltheater: Dienstag, 3. November: Für die Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes: „Lurlluff“. Komödie von Molière. Anfang 20 Uhr. Mittwoch, 4. November: Miete C 10 (mittlere Preise): „Wunder in Amerika“. Schauspiel von Ernst Toller und Hermann Kesten. Anfang 20 Uhr. Donnerstag, 5. November: Miete C 9 (mittlere Preise): „Alma“. Schauspiel von Bruno Frank. Anfang 20 Uhr. Freitag, 6. November: Miete F 9, Sondermiete F 8 (mittlere Preise): „Dihello“. Oper von Verdi. Anfang 19.30 Uhr. Samstag, 7. November: Miete F 10, Sondermiete F 8: „Die drei Musketiere“. Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19.30 Uhr.

Ufo-Pokal im Pfälzer Ludwigsfesten

Mittwoch, 4. November: Freier Verkauf, Opernpreise: „Don Pasquale“. Komische Oper von G. Donizetti. Anfang 20 Uhr. Donnerstag, 5. November: Freier Verkauf, Opernpreise: „Don Pasquale“. Komische Oper von G. Donizetti. Anfang 20 Uhr.

Herausgeber und Verleger: Karl Leng, M. d. R., Heidelberg. Hauptschriftleiter: Dr. W. Kattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Wadische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für „Die engere Heimat“, „Reinobene und Bergstraße“, „Walden und „Paroleausgabe“: Fritz Haas; für Anzeigen: Kurt Ott; sämtliche in Mannheim. Gedruckt bei Schmalz & Laßinger, Mannheim.

